



AIB

ZV 20899 E

1,50 DM

Juli

Nr. 7 / 1977

8. Jahrgang

Antiimperialistisches Informationsbulletin

Rhodesien: Krieg mit BRD-Waffen

- Putschversuch in Angola
- Maputo-Konferenz
- SWAPO-Interview

"Nord-Süd-Dialog"
Indien ● Iran

Inhalt:

AIB-Aktuell: Smith's Antwort auf Maputo	S. 3
Südliches Afrika	
Deklaration der Maputo-Konferenz	S. 4 – 5
Aktionsprogramm für Namibia und Zimbabwe	S. 6
Anti Apartheid Bewegung: Bonner Waffen für Smith	S. 7 – 8
Interview mit Timothy Hadino Hishongira: Eine neokoloniale Lösung wird scheitern	S. 8 – 10
Angola	
Gescheiterter Putsch gegen die Regierung Neto	S. 11 – 12
Erklärung des Politbüros der MPLA: Kampf dem Fraktionismus	S. 12 – 13
Indien	
Günter Ritter: Konturen der Politik der Regierung Desai	S. 14 – 15
Kommunistische Partei Indiens: Rückschlag für die Linkskräfte	S. 16 – 18
Iran	
Anni Friese: Das Kulturabkommen Bonns mit dem Iran	S. 19 – 20
US-Imperialismus	
José Lava: Die Tradition der US-Asienpolitik	S. 20 – 24
Friedensbewegung / Entwicklungsländer	
Paul Maaskola: Manifestation des Antimperialismus	S. 25 – 26
Appell der Erbauer des Friedens	S. 26 – 27
Rainer Falk: Der Abschluß des „Nord-Süd-Dialogs“	S. 27 – 29
Rezensionen/Filme / Kurzinformation	
Bücher zur neuen Weltwirtschaftsordnung, Namibia-Film Djibouti, Brasilien, Chile	S. 30 – 31



Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Dr. Wilhelm Breuer, Wolfram Bröner, Dr. Jutta von Freyberg, Wolfgang Gehrcke, Mechthild Jansen, Georg Kwiatowski, Herbert Lederer, Steffen Lehdorff, Erich Rudolf, Peter Tanzmeier, Dr. Frank Werkmeister, Prof. Erich Wulff

Redaktionskollektiv: Gabriele Bröner, Wolfram Bröner (verantwortlich), Rainer Falk, Paul Maaskola, Jürgen Ostrowsky, Wolfgang Ritter

Anschrift von Redaktion und Vertrieb:

AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg 1.

Telefon 06421-24672

Konto: Weltkreis Verlags GmbH Postscheckkonto 31 2093-607, Postscheckamt Frankfurt/M.

Verlag: Weltkreis Verlags GmbH, Brüderweg 16, 4600 Dortmund

Druck: W. J. Becker, Marburg

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Abdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Das AIB erscheint monatlich. Jahresabonnement 15,- DM; Einzelheft 1,50 DM; bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33 % Ermäßigung.

Redaktionsschluß: 13. 6. 1977

Es arbeiteten mit: H. Billstein, P. Dietzel, D. Fendt, M. Hellmann, A. Hermanns, H. Mayer, H. Merklbach, B. Pflug, M. Preuß, G. Ritter, U. Rupp, K. Wetzel

Beilagen, Anzeigen

- Anzeige des „tertir“ Extra Dienstes
- Anzeige des Argentinien
- Öffener Brief zur Puerto Rico-Solidarität
- AIB-Werbekarte zum Menschenrechts-Sonderdruck 2/77



INHALT

- Der Menschenrechtskreuzzug und die „Dritte Welt“-Politik der Bundesrepublik
- Bonns Kollaboration mit den südafrikanischen Rassisten und das Memorandum an die OAU
- Die Beziehungen der BRD zum Chile Pinochets
- BRD-Konzernexpansion und Atomkomplott mit Brasilien
- Die SAVAK-Affäre und Bonns „Freundschaft“ zum iranischen Schah-Regime
- UNO-Dokumente zu Südafrika und Chile

Umfang: 36 Seiten; Preis: 1,50 DM

Bestellungen: siehe beiliegende Werbekarte

Deklaration der Maputo-Konferenz

An der internationalen Konferenz zur Unterstützung der Völker von Zimbabwe und Namibia, die vom 16. bis 21. Mai 1977 in Maputo stattfand, beteiligten sich 92 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen sowie zahlreiche Beobachter und regierungsunabhängige Organisationen, die alle Regionen der Welt und unterschiedliche politische und soziale Systeme repräsentierten.

Die Tatsache, daß die Konferenz in Maputo, der Hauptstadt der Volksrepublik Moçambique, stattfand, symbolisiert die tiefgreifenden Veränderungen, die das Kräfteverhältnis entscheidend zugunsten des Kampfes für Selbstbestimmung und Unabhängigkeit in diesem Teil der Welt beeinflussen haben. Das zeigen die Siege der Befreiungsbewegungen von Moçambique, Angola, Guinea-Bissau, der Kapverdischen Inseln, von São Tomé und Príncipe. Die Ausdehnung der Freiheitsgrenzen bis nach Zimbabwe und Namibia hat dem Befreiungskampf in diesen beiden Ländern Auftrieb gegeben und die Grundlagen der rassistischen Minderheitsregimes im Süden Afrikas erschüttert.

Vor der Mehrheitsherrschaft gibt es keine Unabhängigkeit

Die Konferenz stellt fest, daß das rassistische Minderheitsregime von Südafrika, ungeachtet der UNO-Resolutionen, der internationalen öffentlichen Meinung und der Empfehlungen des Internationalen Gerichtshofes, dem illegalen Minderheitsregime in Rhodesien Beistand und Unterstützung gewährt und seine illegale Okkupation und Ausbeutung Namibias fortsetzt. Die Konferenz betont, daß bestimmte Westmächte fortfahren, die rassistischen Regimes zu ermutigen, indem sie auf wirtschaftlichem und militärischem Gebiet sowie auf andere Art mit ihnen zusammenarbeiten und sich immer wieder weigern, die Befreiungsbewegungen in ihrem gerechten Kampf zu unterstützen.

Die Konferenz erklärt feierlich ihre volle Unterstützung für das Volk von Zimbabwe in seinem gerechten Kampf für die Unabhängigkeit. Sie bekräftigt erneut, daß es vor einer Mehrheitsherrschaft keine Unabhängigkeit geben kann und daß jedes Übereinkommen, das die Zukunft des Territoriums betrifft, unter voller Beteiligung von Zimbabwe, vertreten durch seine nationale Befreiungsbewegung, ausgearbeitet werden muß. Zu dieser Befreiungsbewegung gehören alle progressiven Kräfte, die sich zur Durchsetzung ihrer berechtigten Hoffnungen aktiv am Kampf beteiligen. Die Konferenz bestätigt erneut die höchste Verantwortung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland als administrative Macht für Rhodesien (Zimbabwe).

Die Konferenz verurteilt entschieden das illegale rassistische Minderheitsregime in Rhodesien. Sie verurteilt die brutalen Unterdrückungsmaßnahmen des Regimes gegen das Volk von Zimbabwe. Das illegale rassistische Minderheitsregime hat Tausende Dorfbewohner zwangsweise in Konzentrationslager getrieben. Zahlreiche Akte der Brutalität hat das illegale Regime am Volk von Zimbabwe und an ausländischen Missionaren verübt. Unschuldige Dorfbewohner wurden geschlagen, gefoltert und ermordet, und es wurden verbrecherische und willkürliche Kollektivstrafen verhängt. Die grausame Unterdrückung wurde bis zum Völkermord gesteigert,



was das Massaker an Hunderten von Menschen im Flüchtlingslager von Nyazonia beweist. Das illegale Regime rekrutiert Söldner, um das Volk von Zimbabwe brutal unterdrücken zu können.

Die internationale Gemeinschaft sollte dem illegalen rassistischen Minderheitsregime in Rhodesien (Zimbabwe) unverzüglich ein Ende setzen.

Angesichts der Unnachgiebigkeit des illegalen Minderheitsregimes haben die Freiheitskämpfer den bewaffneten Kampf verstärkt.

Die internationale Gemeinschaft sollte die Anstrengungen intensivieren, so daß dem illegalen rassistischen Minderheitsregime ein baldiges Ende bereitet wird.

Strikte Durchsetzung der Sanktionen

Die Konferenz betrachtet die strikte Durchsetzung der gegen das illegale rassistische Minderheitsregime verhängten Sanktionen als wichtiges Element der kollektiven Bemühungen der internationalen Gemeinschaft um ein Übereinkommen zur Beilegung des Konflikts in Zimbabwe. In dieser Hinsicht sind die Maßnahmen der Regierungen von Moçambique und Sambia, die die Grenzen ihrer Länder zu Rhodesien (Zimbabwe) geschlossen und damit totale Sanktionen gegen das illegale Minderheitsregime durchgeführt haben, ein Hauptbeitrag zur Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe und zur maximalen Isolierung des illegalen Minderheitsregimes. Das steht in Übereinstimmung mit den Zielen der Vereinten Nationen.

Die Konferenz mißbilligt die fortgesetzte Verletzung der Sanktionen durch einige Staaten, was dazu führte, daß die Sanktionen nur begrenzte Auswirkungen auf die Wirtschaft Rhodesiens (Zimbabwes) hatten. Vor allem ist es Südafrika, das die Sanktionen verletzt. Aber auch einige westliche und andere Staaten haben die Sanktionen nicht verwirklicht.

Die Konferenz verurteilt Südafrika scharf wegen seiner Unterstützung des illegalen rassistischen Minderheitsregimes in Rhodesien (Zimbabwe).

Die Konferenz verurteilt entschieden die anhaltenden Aggressionsakte des illegalen rassistischen Minderheitsregimes in Rhodesien (Zimbabwe) gegen Botswana, Moçambique und Sambia.

Naturschätze von Zimbabwe gehören seinem Volk

Die Konferenz erklärt feierlich, daß die Naturschätze von Zimbabwe seinem Volk gehören. Die Ausbeutung dieser Naturschätze durch das illegale rassistische Minderheitsregime zusammen mit ausländischen ökonomischen Interessen ist eine Verletzung der Prinzipien der UNO-Charta und aller einschlägigen Resolutionen der Vereinten Nationen.

Die Konferenz appelliert feierlich an alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen, an andere zwischenstaatliche und regierungsunabhängige Organisationen, die nationale Befreiungsbewegung, die das Volk von Zimbabwe in seinem Unabhängigkeitskampf repräsentiert, verstärkt zu unterstützen. Sie dankt der internationalen Gemeinschaft für die unschätzbare moralische, politische und materielle Unterstützung, die sie der nationalen Befreiungsbewegung von Zimbabwe gewährt. Sie dankt weiterhin allen regierungsunabhängigen Organisationen, die dem Befreiungskampf in Zimbabwe ihre Solidarität und Hilfe erwiesen haben. Den Frontstaaten (Angola, Botswana, Sambia, Tansania, Moçambique, d. Red.) in Afrika, die entsprechend den Resolutionen der Vereinten Nationen und der Organisation für Afrikanische Einheit eine feste Haltung gegen das illegale rassistische Minderheitsregime einnehmen, sollte von allen freiheitsliebenden Ländern und Völkern alle erforderliche wirtschaftliche und sonstige Hilfe gegeben werden.

Die Konferenz erklärt feierlich ihre volle Unterstützung für den Kampf des Volkes von Namibia unter Führung seiner einzigen und echten Befreiungsbewegung, der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO), um Selbstbestimmung, Freiheit und Unabhängigkeit in einem vereinten Namibia. Sie bestätigt, daß das Volk von Namibia zum bewaffneten Kampf gezwungen wurde, nachdem es sich viele Jahre lang vergeblich bemüht hatte, diese Ziele auf friedlichem Wege zu erreichen. Sie bekräftigt das Recht des Volkes von Namibia, je nach den Bedingungen auf dem Territorium über die Kampfmethoden selbst zu entscheiden. Die Entwicklung des bewaffneten Kampfes und die fortwährenden Bemühungen der internationalen Gemeinschaft haben günstige Bedingungen für eine Verhandlungslösung geschaffen.

Es ist dringend erforderlich, daß alle freiheitsliebenden Kräfte in der internationalen Gemeinschaft der SWAPO größtmögliche Unterstützung gewähren, um den Sieg des Volkes von Namibia in seinem Kampf gegen die Kräfte des Kolonialismus und des Rassismus zu garantieren.

Die Konferenz verurteilt entschieden die koloniale und illegale Okkupation Namibias durch Südafrika, die einen Aggressionsakt gegen das Volk von Namibia und gegen die Vereinten Nationen darstellt; wiederholt hatten Sicherheitsrat und Vollversammlung der Vereinten Nationen gefordert, Südafrika solle sich zurückziehen. Die Politik der illegalen südafrikanischen Administration ist eine systematische Verletzung ihrer Verpflichtungen nach der UNO-Charta, der internationalen Menschenrechtsdeklaration und der Deklaration über die Gewährung der Unabhängigkeit für die kolonialen Länder und Völker.

Die Farce der Turnhallengespräche

Die Konferenz verurteilt entschieden die Politik der Apartheid und der Homelands, die das Regime von Pretoria auf Namibia ausgedehnt hat. Um das Volk von Namibia und die Naturschätze des Landes ausbeuten zu können, betreibt die illegale südafrikanische Administration in Namibia eine Politik brutalen, institutionalisierten Terrors gegen das Volk von Namibia.

Die Konferenz betrachtet Walvisbai als integralen Bestandteil von Namibia und weist die Versuche Südafrikas zurück,

diesen Teil vom übrigen Namibia abzutrennen, mit dem es durch geographische, historische, wirtschaftliche, kulturelle und ethnische Bande unlöslich verbunden ist. Alle Staaten sollten sich bemühen, Südafrika davon abzuhalten, die Trennung Walvisbais von Namibia zu erzwingen.

Die Konferenz verurteilt entschieden die zunehmende Militarisierung Namibias durch das rassistische Regime in Pretoria.

Deshalb bedeutet der Verkauf oder die Bereitstellung aller Arten von Waffen oder militärischen Ausrüstungen, der Technologietransfer und die Bereitstellung von Mitteln zur Herstellung von Waffen ebenso wie jede Art von nuklearer Zusammenarbeit mit Südafrika letztlich eine Unterstützung der Aggressionsakte Südafrikas gegen das Volk von Namibia und die Vereinten Nationen. Es ist deshalb dringend erforderlich, daß alle Staaten alle direkten oder indirekten militärischen Konsultationen, jede Zusammenarbeit oder Kollaboration beenden.

Dem Terror ein Ende setzen

Die Konferenz betrachtet die Turnhallengespräche als eine Strategie Südafrikas, um seine grausame Kolonial- und Rassenpolitik sowie seine Praktiken unter falschen Vorspielungen durchzusetzen. Südafrika hat bei den Turnhallenverhandlungen fanatische rassistische Befürworter der Apartheid und afrikanische Marionetten – Stammeshäuptlinge – zusammengebracht, um die sogenannte Charta zu verfassen, die die internationale Gemeinschaft über seine wirklichen Absichten in Namibia täuschen soll. Die sogenannte Charta soll die Grundlage sein für eine von Südafrika fabrizierte provisorische Regierung, die als ein Schritt vorwärts zu einem pseudounabhängigen Namibia deklariert werden würde.

Alle Unabhängigkeitsverhandlungen für Namibia müssen zwischen den Vertretern der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) und Südafrika unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen geführt werden, und zwar zu dem einzigen Zweck, die Modalitäten für die Machtübergabe an das Volk von Namibia auszuhandeln.

Die Konferenz erklärte feierlich, daß die Naturschätze von Namibia dem Volk von Namibia gehören. Die Ausbeutung dieser Ressourcen durch ausländische ökonomische Interessen mit Hilfe der repressiven rassistisch-kolonialen Administration und unter Verletzung der Charta und der einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrates und der Vollversammlung der Vereinten Nationen ist illegal und trägt zur Aufrechterhaltung des illegalen Okkupationsregimes bei.

Die Konferenz dankt der internationalen Gemeinschaft für die unschätzbare moralische, politische und materielle Hilfe, die sie der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) gewährt.

Die Konferenz appelliert an die Massenmedien, sich an der Kampagne zur Unterstützung der Völker von Zimbabwe und Namibia zu beteiligen.

Die Konferenz betrachtet das südafrikanische Apartheidregime als Bastion des Rassismus und Kolonialismus im südlichen Afrika und als Hauptwidersacher der Bemühungen der Vereinten Nationen und der internationalen Gemeinschaft, im südlichen Afrika Selbstbestimmung und Unabhängigkeit herbeizuführen.

Im vollen Bewußtsein der Notwendigkeit energischer und wirksamer internationaler Aktionen zur Durchkreuzung der Manöver des Apartheidregimes entschied sich die Konferenz, ihr Aktionsprogramm auf spezielle Maßnahmen im Hinblick auf Zimbabwe und Namibia zu konzentrieren, wobei sie damit rechnet, daß weitere Aktionen auf der Weltkonferenz für den Kampf gegen die Apartheid, die vom 22. bis 26. August 1977 in Lagos (Nigeria) stattfindet, erörtert werden.

Aktionsprogramm für Namibia und Zimbabwe

Die Konferenz fordert alle staatlichen und gesellschaftlichen Kräfte zu folgendem auf:

Größtmögliche politische und moralische Unterstützung der Völker von Zimbabwe und Namibia sowie ihrer nationalen Befreiungsbewegungen in ihrem Kampf zur Erringung der Selbstbestimmung und der nationalen Unabhängigkeit. Verstärkte Gewährung von materieller und finanzieller Unterstützung für die Völker von Zimbabwe und Namibia sowie ihrer nationalen Befreiungsbewegungen in Absprache und Zusammenarbeit mit der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU).

Förderung von Aktivitäten gesellschaftlicher Organisationen bei der Gewährung von politischer und materieller Unterstützung für die nationalen Befreiungsbewegungen von Zimbabwe und Namibia.

Beteiligung an der Woche der Solidarität mit dem Volk von Namibia, die in jedem Jahr in der Woche nach dem 27. Oktober stattfinden soll, dem Jahrestag der Beendigung des Mandats Südafrikas über Namibia, insbesondere durch die Schaffung von Hilfskomitees für Namibia.

Die Konferenz fordert alle Mitgliedstaaten, Spezialorganisa-

tionen und andere Institutionen im Rahmen des UNO-Systems sowie andere staatliche und gesellschaftliche Organisationen auf, die materielle und ökonomische Unterstützung vorrangig auf die Frontstaaten auszudehnen, um diese in die Lage zu versetzen, die UNO-Resolutionen zur Unterstützung des Befreiungskampfes in Zimbabwe und Namibia effektiver verwirklichen zu können. Des Weiteren fordert die Konferenz nachdrücklich, den Staaten, die an Zimbabwe und Namibia grenzen, besondere Hilfe zu gewähren, damit diese sich um die wachsende Zahl von Flüchtlingen aus diesen Gebieten kümmern können.

Die Konferenz fordert die Spezialorganisationen und andere Institutionen innerhalb des UNO-Systems auf, in aktiver Zusammenarbeit mit der OAU der Formulierung von Programmen und Hilfsprojekten für die Völker von Zimbabwe und Namibia sowie deren nationale Befreiungsbewegungen Priorität einzuräumen. Im Falle Namibias sollte eine solche Unterstützung in Absprache mit dem UNO-Rat für Namibia geleistet werden.

Die Konferenz fordert weitere staatliche Organisationen auf, die politische und materielle Unterstützung für die nationalen Befreiungsbewegungen von Zimbabwe und Namibia zu vergrößern.

Verstärkte Unterstützung für Befreiungsbewegungen

Die Konferenz richtet an alle gesellschaftlichen Organisationen folgenden Appell:

- a) Intensivierung der Kampagnen zur Unterstützung der Völker von Zimbabwe und Namibia und deren nationalen Befreiungsbewegungen in ihrem Kampf um die Erringung der Selbstbestimmung und Unabhängigkeit;
- b) Verstärkung der Kampagnen zur Unterstützung der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO), um jegliche Aktionen zugunsten der Politik Südafrikas in Namibia zu verhindern und die finanzielle Unterstützung für die SWAPO zu vergrößern.

Die Konferenz appelliert an alle Solidaritätsorganisationen und Gruppen, wirksame nationale Komitees in ihren entsprechenden Ländern zu bilden, um der SWAPO zu helfen und den Kampf des Volkes von Namibia zu unterstützen, damit jegliche Aktionen zugunsten der südafrikanischen Politik sowie Praktiken in diesem Gebiet verhindert werden, die im Gegensatz zu den UNO-Resolutionen und Beschlüssen über Namibia stehen.

Die Konferenz fordert alle Gewerkschaften auf, ihre Kampagnen zur Unterstützung des gerechten Kampfes des Volkes von Namibia zu verstärken, und zwar durch den Boykott bzw. die Ablehnung der Abfertigung von Schiffen, Flugzeugen und allen anderen Transportmitteln, die namibische Produkte geladen haben, in Übereinstimmung mit dem Erlaß Nr. 1 über den Schutz der Naturressourcen Namibias, der am 27. September 1974 vom UNO-Rat für Namibia verfügt wurde. (. . .)

(Quelle: Horizont, Berlin, Nr. 23/1977)



Anti Apartheid Bewegung

Bonner Waffen für Smith

Anlässlich der erneuten schweren Überfälle der rhodesischen Rassisten-Armee auf die Volksrepublik Moçambique im Mai/Juni d. J. veröffentlichte die Anti Apartheid Bewegung in der BRD eine Zusammenstellung von Beweismaterial, das die Bundesregierung der Lieferung militärischen Materials — einschließlich der Duldung von Söldneranwerbungen in der BRD — an Rhodesien überführt. Wie auch Fillmberichte belegen, wurden diese militärischen Ausrüstungen von der Smith-Armee bei den jüngsten Aggressionsakten verwendet. Die Bundesregierung ist daher nicht frei von Schuld und Mitverantwortung an den Morden der Rassisten gegen zimbabwische Flüchtlinge und die moçambiquanische Zivilbevölkerung.

Die jüngsten Angriffe rhodesischer Truppen gegen Moçambique haben erneut das Augenmerk auf die militärische Unterstützung der Rebellenregierung durch westliche Staaten gerichtet. Nach der einseitigen Unabhängigkeitserklärung vom Jahre 1965 hatte der UN-Sicherheitsrat am 29. 5. 1968 ein Verbot jeglichen Warenverkehrs mit der aufständischen britischen Kolonie einstimmig beschlossen (Resolution 253).

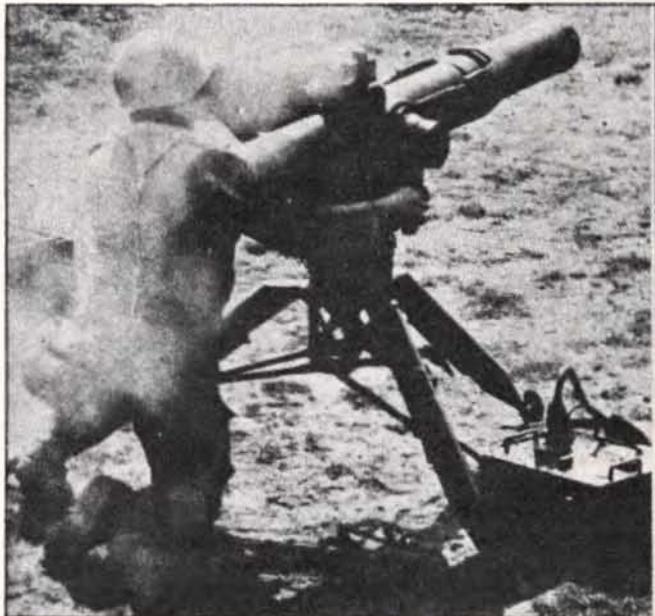
Seitens der Bundesrepublik Deutschland lassen sich folgende Tatbestände aufzeigen, die gegen internationale und bundesdeutsche Gesetze verstoßen:

1. Das rhodesische Regime hat bereits im Juni 1976 mit **Unimog-Militärfahrzeugen** von Daimler Benz Angriffe gegen Flüchtlingslager in Moçambique durchgeführt. (Kommuniqué des Verteidigungsministeriums von Moçambique vom 29. 6. 1976). In der Zeitschrift Wehrtechnik vom April 1976 werden diese Unimogs folgendermaßen klassifiziert: „Die Militärversion des Unimog gilt seit den portugiesischen Kolonialkriegen in Angola, Moçambique und Guinea-Bissau als bester kleiner Militärtransporter in Afrika.“

Auf die Frage an den Bundeswirtschaftsminister Dr. Friderichs „Beabsichtigt die Bundesregierung, ihre Genehmigungspraxis, die den Militär-LKW in die Verfügungsgewalt von Truppen, die in offener Rebellion gegenüber dem NATO-Partner Großbritannien stehen, gelangen läßt, beizubehalten?“ ließ der Minister antworten: „Was die behauptete Benutzung angeblicher Militärfahrzeuge durch südrhodesische Truppen betrifft, darf ich darauf hinweisen, daß es sich bei den von der Firma Daimler Benz hergestellten Unimog-Fahrzeugen um gewöhnliche (Last-)Kraftwagen handelt, die weder von den UN-Sicherheitsratsresolutionen noch von der Genehmigungserfordernis des Außenwirtschaftsrechts erfaßt werden. Die Ausfuhr dieser Fahrzeuge ist daher weltweit liberalisiert.“ (Gesch.Z. VA4-932592, Schreiben vom 9. 2. 1977)

2. Die rhodesischen Streitkräfte sind mit **LKW** neuerer Bauart der Firma **Daimler Benz** ausgerüstet (Filmmaterial der Fernsehjournalistin Wilrun Dieck in Weltspiegel vom 2. 1. 1977, sowie mehrmals in der Tagesschau).

3. Rhodesien erhielt 1975 eine unbekannte Zahl von Militärhubschraubern **Alouette III** von Südafrika. Diese Hubschrauber sind mit **Flugelektronik** der Firma Becker Flugfunk, Baden-Baden-Oos Flughafen, ausgerüstet (Interavia Data, 3/75).



BRD-Waffenexportgut "Milan" für Rhodesien

4. Rhodesien hat die in deutsch-französischer Gemeinschaftsproduktion hergestellte Panzerabwehrrakete **Milan** erhalten (50 % Messerschmitt-Bölkow-Blohm, 50 % Aérospatiale). Im Herbst 1974 führte der damalige rhodesische Verteidigungsminister Pieter von der Byl darüber Verhandlungen in der Bundesrepublik. Am 17. 2. 1975 berichtete Franz Alt in der Fernsehsendung Report in einem Gespräch mit Bundesverteidigungsminister Leber ohne dessen Widerspruch über den Verkauf der Milan-Raketen an Rhodesien und Südafrika. Im Herbst 1975 wurden rhodesische Militärs in der Handhabung der Milan-Raketen durch Bundeswehr-Einheiten eingewiesen. So z. B. ein rhodesischer Offizier im Rahmen des Manövers „Weiße Birke“ bei der „Panzerabwehrbrigade 32“ in Bremen. Der Journalist Peter Hornung berichtete am 11. 3. 1977 in der Bonner Rundschau, daß Rhodesiens Armee mit einem ausreichenden Arsenal von „Panzerabwehrraketen, die der deutsch-französischen Produktion ‚Milan‘ entsprechen“, ausgerüstet ist. Die Firma Aérospatiale, Partnerfirma von Messerschmitt-Bölkow-Blohm bei der Milan-Produktion, ist in der rhodesischen Hauptstadt Salisbury durch eine Verbindungsstelle ihrer Exportorganisation OFEMA vertreten (Wehrtechnik, Mai 1977, S. 3).

5. Die Bundesrepublik diente als **Umschlagplatz** für 3 amerikanische Flugzeuge vom Typ **Boeing 707**, die 1974 an Rhodesien verkauft wurden. Die strategische Bedeutung von Flugzeugen dieser Kapazität wird dadurch unterstrichen, daß die amerikanische Regierung nach der Unabhängigkeit Angolas die Auslieferung bezahlter Boeing-Maschinen an die Volksrepublik Angola mit Hinweis auf deren militärische Einsetzbarkeit monatelang verhinderte.

6. Rhodesien erhält seit 1973 aus Südafrika gepanzerte Fahrzeuge. Die **Anlage zur Produktion** dieser Fahrzeuge nach einer Lizenz von Panhard, Frankreich, ist gemäß Obser-

ver (1. 4. 1973) durch Firmen aus der Bundesrepublik errichtet worden.

7. Die Bundesrepublik ist ein Hauptrekrutierungsfeld für Söldner für das rassistische Rebellenregime.

Kurz nach dem Besuch des rhodesischen Verteidigungsministers Pieter van der Byl im Herbst 1974 in der Bundesrepublik veröffentlichte Die Welt am 14. 12. 1974 eine Annonce, in der unter einer Adresse in Salisbury für „Sonnes Rhodesien. Land der unbegrenzten Möglichkeiten! . . . Besonderes Interesse an ehemaligen Soldaten aller Dienstgrade, bis 35 Jahre, die gesund und leistungsfähig sind . . .“ fettgedruckt bekundet wurde.

Die Bundesanwaltschaft schritt nicht ein.

Am 9. 1. 1975 annoncierte ein Oberleutnant Thelen im Tagesanzeiger in Zürich, schriftliche Bewerbungen für eine Tätigkeit in Rhodesien für 200 bis 300 ledige Männer aller Berufsgruppen im Alter von 18 bis 30 Jahren seien an ihn im Hotel Holiday Inn in München zu richten. Am 10. 1. 1975 berichtete die Daily Mail, London, daß es sich dabei um eine Anwerbung für Söldner handele und daß dieselbe Anzeige in der Süddeutschen Zeitung publiziert werde. Darin solle jedoch der Treffpunkt, das Hotel in München, nicht genannt werden. Auch der Tagesanzeiger schrieb am 10. 1. 1975, daß es sich bei der Anzeige wohl um eine Söldnerwerbung handele.

Die Süddeutsche Zeitung publizierte die Anzeige wie in der Daily Mail angekündigt am 11. 1. 1975. Am selben Tag schrieb The Star, Johannesburg, daß in Anzeigen im Tagesanzeiger und in der Süddeutschen Zeitung Söldner für Rhodesien geworben würden. Und die Daily Mail schrieb am 11. 1. 1975, daß das rhodesische Verteidigungsministerium Thelens Söldner nicht zurückweisen würde.

Vom 11. 1. 1975 bis zum 15. 1. 1975 wohnten Thelen und der rhodesische Major Nick Lamprecht unbehelligt im Hotel Holiday Inn, nahmen 1367 Bewerbungen entgegen, gaben Presseinterviews und führten Einstellungsgespräche. Da sie wohl trotz publizistischer Hilfestellung noch nicht genug Söldnerbewerber hatten, sprach Thelen unter großem Pressewirbel von sich aus am 17. 1. 1975 bei der Polizei vor. Er gab an, keine Söldner, sondern Safari-Begleiter für Rhodesien zu werben. Am 29. 1. 1975 – inzwischen in Untersuchungshaft – gab Thelen an, Söldner zu werben.

Am 19. 3. 1975, wurde Thelen (40), der

– von Anfang 1952 bis Ende 1957 als Söldner in der französischen Fremdenlegion (Indochina, Afrika) gewesen war,

RHODESIAN SECURITY
AND GENERAL SERVICES
macht Sie sofort oder später

300 ledige Männer aller Berufsgruppen
im Alter von 18–30 Jahren.

- Beste Bezahlung, langfristiger Vertrag
- 30 Tage Urlaub in einem Land mit hohem Freizeitwert
- Bei entsprechender Verbleibung ist eine Übernahme in höherer Verantwortungsbereich möglich
- Ausbildung zum Safari-Begleiter erfolgt bei vollen Löhnen in Rhodesien.

Söldnerwerbung in der SZ; Ex-Bundeswehr-Oberfeldwebel Thelen

- von 1957 bis 1969 Bundeswehrosoldat war und wegen Mißhandlung von Untergebenen zu 4 Monaten Gefängnis auf Bewährung verurteilt worden war (Entlassungsdienstgrad: Oberfeldwebel),
- von 1969 bis 1971 als Polizist, Eisenbahner und Vertreter sein Geld verdiente,
- von 1971 bis 1973 bei der 46. Kompanie der US-Fallschirmjäger in Vietnam Söldner war und gleichzeitig deutsche Arbeitslosenunterstützung bezog, und
- 1974 über Moçambique und Südafrika nach Rhodesien gelangt war,

zu 3000 DM Geldstrafe sowie 1 Jahr Gefängnis auf Bewährung verurteilt. Delikte: Titelanmaßung, Bestechungsversuche, unberechtigter Bezug von Arbeitslosenunterstützung, Söldnerwerbung für eine fremde Macht.

Nach 9 Monaten Aufenthalt in Rhodesien tauchte er wieder Anfang 1976 in der Bundesrepublik und Frankreich auf und diente erneut mit verschlüsselter, aber eindeutiger publizistischer Hilfe der Welt als Anlaufstelle für Söldner (Die Welt, 24. 1. 1976).

Es gibt weitere Hinweise für erfolgreiche Söldneranwerbung in der Bundesrepublik.

Wir fordern die Bundesregierung auf, die Rhodesien-Sanktionen des Weltsicherheitsrates endlich durchgreifend anzuwenden und nicht weiterhin das militärische Potential der rhodesischen Regierung zu vergrößern. Wir fordern die Bundesregierung auf, einen konstruktiven Beitrag zur Durchsetzung demokratischer Verhältnisse in Zimbabwe zu leisten durch Unterstützung der vom Befreiungskomitee der Organisation für Afrikanische Einheit anerkannten Patriotischen Front.

(Quelle: Pressemitteilung der Anti Apartheid Bewegung, Bonn, Juni 1977)

Namibia

Interview mit Timothy Hadino Hishongira

Eine neokoloniale Lösung wird scheitern

Anlässlich eines ersten Besuches des neuen Repräsentanten der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) für Nord- und Mitteleuropa, Timothy Hadino Hishongira, beim Antiimperialistischen Solidaritätskomitee (ASK) Ende Mai d. J. führte Peter Dietzel für das AIB dieses Interview über aktuelle Fragen des Befreiungskampfes in Namibia. T. H. Hishongira vertrat zuvor die SWAPO in Dakar (Senegal) für die westafrikanischen Staaten.

AIB: Wie beurteilt die SWAPO die Mission der fünf westlichen Botschaften des UN-Sicherheitsrates (USA, Großbritannien, BRD, Frankreich, Kanada), die jüngst das südliche Afrika bereisten?

T. H. HISHONGIRA: Die SWAPO ist über diese Aktivitäten nicht hinreichend informiert; aber im großen und ganzen wünschen wir es nicht, daß sich diese Mitglieder des Sicherheitsrates in unsere Angelegenheiten einmischen, wenn sie nicht wirklich versuchen, eine echte Lösung für unser Problem herbeizuführen. Die SWAPO fordert jedoch zuallererst alle Dokumente, vor allem die, die die fünf Westmächte mit dem südafrikanischen Premierminister Vorster unterzeichneten, zu veröffentlichen. Zudem erwarten wir, daß über unser Land und unser Problem nicht ohne unsere Teilnahme diskutiert wird.

AIB: Ende letzten Jahres wurde in den USA ein Dokument

bekannt, das Pläne des US-amerikanischen Geheimdienstes CIA für Namibia enthüllte (vgl. AIB 2/1977). Darin wird die zentrale Bedeutung der sogenannten „Turnhallenkonferenz“ für eine von den USA angestrebte neokolonialistische Lösung bestätigt. Wird es zu einer Regierung Mudge-Kapuu kommen?

T. H. HISHONGIRA: Ja, die USA sind an Intrigen und Manövern beteiligt, um eine neokolonialistische Lösung in Namibia durchzusetzen. Die CIA, die die USA und andere imperialistische Mächte vertritt, versucht eifrig, Kapuu zum ersten Mann Namibias zu machen, um die Fortsetzung des wirtschaftlichen Kolonialismus in Namibia zu garantieren, d. h. die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen und die Ausbeutung unseres Volkes. Die „Turnhallenkonferenz“ wird vom namibischen Volk voll und ganz abgelehnt. Wir betrachten die Sache als erledigt, denn wir sind überzeugt, daß die sogenannte interne Regierung, die in Namibia gebildet werden soll, nicht realisiert werden wird. Falls es jedoch geschieht, werden wir sie entschlossen bekämpfen und militärisch vernichten; wir werden dafür sorgen, daß es für Namibia keine neokolonialistische Lösung gibt. Falls der Westen eine wirkliche Lösung für Namibia wünscht, dann nur, wenn die SWAPO voll beteiligt wird. Die SWAPO wird aber nur dann teilnehmen, wenn ihre Vorbedingungen erfüllt werden. Wenn dies nicht der Fall ist, wird der bewaffnete Kampf fortgesetzt, bis der endgültige Sieg in Namibia errungen ist und wir Südafrika aus unserem Land hinausgeworfen haben.

Das Turnhallen-Manöver

AIB: Den fünf westlichen Botschaftern wurde vor wenigen Tagen ein gemeinsames Memorandum der katholischen, anglikanischen und evangelisch-lutherischen Kirchen von Namibia übergeben. Das Memorandum bestätigt, daß die „Verfassungskonferenz“ in der Turnhalle von der Mehrheit der schwarzen Bevölkerung abgelehnt wird. Gibt es einen organisierten Protest der Bevölkerung gegen dieses Manöver der Rassisten?

T. H. HISHONGIRA: Ich stimme damit vollkommen überein, daß die Turnhalle ein Manöver ist. Sie wird von imperialistischen Mächten organisiert und finanziert, und von unserem Volk nicht unterstützt; erstens und in der Hauptsache, weil sie von der illegalen Administration durchgeführt wird; zweitens, weil die Teilnehmer Verräter sind, die einfach auf der Straße aufgelesen wurden und die sich auf Kosten des namibischen Volkes bereichern wollen. Das können und werden wir nicht dulden nach all den Leiden in Namibia. Die Turnhalle und das, was von der Turnhalle beschlossen wurde, werden wir entschieden bekämpfen, bis zum Sieg.

Die Leute, die religiösen Persönlichkeiten tauchten nicht einfach so aus dem Nichts auf, sie müssen organisiert gewesen sein. Und es war die SWAPO, die diese Leute organisiert hat. Es ist die SWAPO, die das ganze namibische Volk organisiert, sich zu erheben und zu kämpfen für die wirkliche und absolute Unabhängigkeit unseres Landes. Ich kann Ihnen versichern, daß die Turnhalle scheitern wird, daß die 50 000 südafrikanischen Soldaten, wie auch der Versuch der Weißen, die Kontrolle über die SWAPO zu erlangen, scheitern werden; denn die Bevölkerung ist organisiert, sie steht geschlossen hinter der SWAPO.

Wir sind bereit, ein echtes Angebot anzunehmen, friedlich und ehrlich zu verhandeln. Jedoch wir sind nicht bereit, auf der Turnhallen-Konferenz zu verhandeln. Wir sind auch gewillt, an Wahlen teilzunehmen, die von den Vereinten Nationen organisiert und überwacht werden – nicht von Südafrika oder den fünf westlichen Mitgliedern des Sicherheitsrats.

AIB: Unter welchen konkreten Vorbedingungen wäre die

SWAPO bereit, einer Verhandlungslösung für Namibia zuzustimmen?

T. H. HISHONGIRA: Diese Vorbedingungen sind, daß Südafrika das Recht auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit für Namibia als einen einheitlichen Staat öffentlich anerkennt. Namibia muß ein einheitlicher Staat sein und Südafrika muß sich einverstanden erklären, sich aus Namibia zurückzuziehen, d. h. seine Verwaltung, Armee und Polizei, und Namibia den Vereinten Nationen zu überantworten, um allgemeine Wahlen abzuhalten. Südafrika muß alle politischen Gefangenen befreien, allen Exilpolitikern die Rückkehr nach Namibia erlauben, ohne daß sie ihre Verhaftung befürchten müssen, so daß sie hier an den Wahlen teilnehmen können. Wenn diese Bedingungen nicht erfüllt werden, wird es keine Verhandlungen geben. Wenn die Bedingungen jedoch eingelöst werden, können Verhandlungen zwischen der SWAPO, der einzigen wahren Vertretung des namibischen Volkes, und der rassistischen Regierung Südafrikas stattfinden. Die Debatte wird dann darum gehen, die Macht an das namibische Volk zu übertragen.

AIB: Was hält die SWAPO von dem Plan, der aktuell in der westlichen Presse diskutiert wird, Teile der weißen Bevölkerung von Südafrika, Zimbabwe und Namibia zum Beispiel nach Lateinamerika überzusiedeln, wenn es in Zimbabwe und Namibia eine Mehrheitsregierung geben wird?

T. H. HISHONGIRA: Die Position der SWAPO hierzu ist eindeutig. Wir meinen, daß die lateinamerikanischen Länder diesen Leuten nicht helfen sollten. Erstens gehören diese Leute schon zu den privilegiertesten Menschen der ganzen Welt. Statt zum Beispiel den entrechteten Menschen wie den afrikanischen Völkern zu helfen, helfen die westlichen Länder denen, die schon privilegiert sind. Wir meinen, daß dies eine Art rassistischer Solidarität ist.



RSA-Marionetten Dirk Mudge, Führer der Nationalen Partei, und Hauptling Clemens Kapuu (r.)

Diese Leute müssen aufrichtig sein, es muß ein Weg gefunden werden, diese Leute zu integrieren. Die SWAPO ist nicht gegen Menschen nur wegen ihrer Hautfarbe, das ist gegen unsere Prinzipien. Die Weißen, die mit uns in einem unabhängigen Namibia leben wollen, die bereit sind, ihre Privilegien aufzugeben, die sie aufgrund ihrer Hautfarbe haben, die bereit sind, in einem afrikanisch regierten Land zu leben, die bereit sind, mit anderen vor dem Gesetz gleich zu sein – diese Weißen sind uns willkommen. Wenn die Weißen in Südafrika jedoch gehen wollen, dann sollen sie gehen.

Die Bevölkerung steht hinter der SWAPO

AIB: Was können Sie uns über den gegenwärtigen Stand der militärischen Aktionen der Peoples Liberation Army of Namibia – PLAN, dem militärischen Arm der SWAPO sagen? Wie sieht die Situation im Grenzgebiet zu Angola aus?

T. H. HISHONGIRA: Der bewaffnete Kampf in Namibia hat ein sehr hohes Niveau erreicht. Unsere Kräfte kämpfen nicht nur an der Grenze, wie es Südafrika behauptet, um die internationale Anerkennung dieses Krieges, der jetzt seit elf Jahren in Namibia geführt wird, zu verhindern. Sondern der Krieg ist bis tief in das Land vorgedrungen. Die Volks-

befreiungsarmee operiert von Norden her und von Windhoek aus im ganzen Norden. Im ganzen Gebiet gibt es ständig Zusammenstöße zwischen der Volksbefreiungsarmee von Namibia, dem militärischen Flügel der SWAPO, und der illegalen Besatzungsmacht von Südafrika. Südafrika ist es nicht gelungen, die Lage unter Kontrolle zu halten, obwohl 50 000 Mann reguläre Streitkräfte in Namibia stationiert sind ohne die Weißen, die in Kommandos organisiert sind, die sie Gebiets-einheiten nennen. Die westlichen Länder bemerken jetzt, daß der Versuch Südafrikas gescheitert ist, die SWAPO zu liquidieren. Daher kommen sie nun zu Hilfe.

Wir wissen, daß wir sehr wachsam sein müssen. Diese Länder waren es, die im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ihr Veto immer wieder eingelegt haben. Jetzt fragen wir uns: Wie ernst meinen es diese Leute. Diese Leute waren und sind die wirtschaftlichen kolonialen Mächte in unserem Land. Sie beuten, auf dem Boden des Gesetzes stehend, unsere natürlichen Ressourcen und unser Volk aus. Daher müssen wir wachsam sein.

AIB: Können Sie uns etwas zu den Konzentrationslagern sagen, die Südafrika entlang der nördlichen Grenze eingerichtet hat, um die Bevölkerung zu kontrollieren?

T. H. HISHONGIRA: Südafrika veranstaltet eine Art Manöver, um der SWAPO die Unterstützung und den Kontakt zur Bevölkerung zu entziehen. Zuerst versuchten sie, das sogenannte Niemandsland einzurichten und vertrieben die Menschen dies- und jenseits der Grenze. Wir hielten sie militärisch davon ab. Die Gesellschaft, eine italienische, die dieses Projekt ausführte, zog sich zurück. Die Leute, denen es nicht gelang, nach Angola zu entkommen, nahmen sie mit: sie brachten sie in andere Teile des Landes, in die sogenannten „Sicherheitsdörfer“. Diese Dörfer, die sie „Sicherheitsdörfer“ und wir Konzentrationslager nennen, sind reine Ablagerungsplätze für Menschen. Für die Ernährung der Leute wird nicht gesorgt, kein trinkbares Wasser, keine Nahrungsmittel, keine medizinische Betreuung, keine Schulen für die Kinder, keine Krankenhäuser. Die Leute haben keinerlei Bewegungsfreiheit. Das sind genau solche Konzentrationslager, wie Sie sie aus der Geschichte kennen.

AIB: Hat die SWAPO konkrete Anhaltspunkte für eine Unterstützung der Terrorbanden der UNITA, die noch immer vereinzelt im Süden Angolas operieren, durch die Rassisten der RSA?

T. H. HISHONGIRA: Die SWAPO hat handfeste Beweise für die Aktivitäten der in Angola besiegten reaktionären



Deutscher Altnazi in Windhoek — einer von Tausenden

Banditen der UNITA und FNLA. Diese reaktionären Kräfte werden in Namibia ausgebildet und zurück nach Angola geschickt — unter der Bedingung, daß sie das Gebiet durchkämmen, in dem die SWAPO kämpft. Einige von ihnen wurden von der Volksbefreiungsarmee getötet, einige wurden gefangengenommen. Das sind Beweise. Wir halten einige von diesen reaktionären und von der CIA bezahlten UNITA- und FNLA-Truppen fest.

Eine andere Variante ist, daß sie im nördlichen Namibia von der rassistischen südafrikanischen Regierung rekrutiert werden, Uniformen der SWAPO anziehen, umherstreifen und Dörfer angreifen. Sie begehen Greuelthaten; sie beschließen auch religiöse Zentren, um Feindschaft, einen unüberwindbaren Gegensatz, zwischen der SWAPO und religiösen Gruppen zu entfachen. Diese Banditen, was auch immer sie zusammen mit ihren Verbündeten, den reaktionären Kräften des Westens und Südafrikas, versuchen, es wird ihnen nicht gelingen, die Bevölkerung dazu zu bringen, gegen die SWAPO vorzugehen. Unsere Soldaten der Volksbefreiungsarmee sind nicht nur Soldaten. Sie sind gute geschulte Kader, sie sind Politiker in Uniform. Politiker, die erst mit Südafrika geredet haben, bis sie merkten, daß Südafrika die Sprache der Verhandlungen nicht versteht, sondern nur die Sprache des Gewehrs. Diese Leute wissen genau, wer ihr Feind ist. Die SWAPO kann nicht, hat nie und wird nie gegen die Menschen kämpfen oder sie töten, für die sie kämpft. Wir kämpfen für sie, und wir sind die Vertreter des namibischen Volkes.

Die Forderungen der SWAPO an die Bundesregierung

Südafrika ist seiner Verpflichtung nie nachgekommen, dem namibischen Volk Bildung zuteil werden zu lassen. Wir wurden alle in den religiösen Zentren ausgebildet. Warum sollten wir dann gegen die religiösen Zentren vorgehen, die uns ausbildeten?

AIB: Sie sind der neue Repräsentant der SWAPO für Nord- und Mitteleuropa und damit auch zuständig für die Vertretung Ihrer Organisation in der BRD. Bekanntlich gehört die BRD zu den Hauptstützen des Apartheid-Regimes in Südafrika. Was erwartet die SWAPO von der Bundesregierung? Was erwartet sie von der Solidaritätsbewegung unseres Landes?

T. H. HISHONGIRA: Die SWAPO erwartet von der Bundesregierung gar nichts, aber wir fordern etwas von ihr — und zwar, daß die BRD wenigstens kurz vor Zwölf zur Vernunft kommt und aufhört, Waffen an die südafrikanische Regierung zu liefern. Das Nuklearabkommen sollte aufgekündigt und das bundesdeutsche Konsulat in Windhoek sollte geschlossen werden. Die BRD sollte die rassistischen Schulen in Namibia nicht länger finanzieren und das Kulturabkommen mit dem rassistischen Südafrika aufkündigen, das Namibia als fünfte Provinz Südafrikas mit einschließt. Das alles sollte öffentlich verkündet werden. Nur wenn das ausgesprochen ist, wird die SWAPO der BRD freundlich gesonnen sein.

Aber die Regierung der BRD repräsentiert nicht das ganze Volk. Die SWAPO ist der Bevölkerung in Westdeutschland wohl gesonnen. Wir erwarten von den Solidaritätskomitees wie dem ASK, der AAB, von den Kirchen und allen anderen Gruppen, daß sie ihre moralische und materielle Hilfe unserem Volk gegenüber verstärken. Wir erwarten, daß sie ihren Kampf verstärken gegen die faschistischen Tendenzen in der BRD. Wir erwarten, daß sie ihre Arbeit mit uns koordinieren und daß sie in Solidarität mit uns zusammenarbeiten bis endlich, da wir Kollegen und Genossen an der gleichen Front sind und für eine gemeinsame Sache kämpfen, der Sieg errungen sein wird, nicht nur in Namibia, nicht nur in Afrika, sondern bis Gerechtigkeit in der ganzen Welt eingekehrt ist.

Gescheiterter Putsch gegen die Regierung Neto

Der Putschversuch konterrevolutionärer Kräfte gegen die Regierung der Volksrepublik Angola vom 27. Mai 1977 forderte nach vorläufigen Angaben rund 200 Tote, darunter fünf Mitglieder des Zentralkomitees der Volksbewegung für die Befreiung Angolas (MPLA) und des Revolutionsrates. Prominentestes Opfer ist Finanzminister und Major der Volksbefreiungstreitkräfte (FAPLA), Saydi Mingas. Schon der Tatbestand, daß auch die drei weiteren ermordeten MPLA-Führer Mitglieder des Generalstabes waren, weist auf die Strategie der Putschisten hin, als erstes die Führung der Armee an sich zu reißen. Wie sichergestellte Papiere der Verschwörer aufzeigten, sah ihr aus dem Jahre 1976 datierender Plan die gezielte Infiltrierung des FAPLA-Oberkommandos und dessen Übernahme, die Spaltung und schließliche Beseitigung der MPLA-Führung bis hin zur Ermordung Präsident Agostinho Netos vor. Das MPLA-Zentralkomitee, dessen Führer Lucio Lara (Generalsekretär), Iko Carreira und Carlos Rocha gleichzeitig mit führenden Offizieren verhaftet worden waren, sollte durch ein politisch-militärisches Komitee ersetzt werden. Wie der für die Putschaktion im Generalstab Verantwortliche, der Chef der Militärpolizei Jose Manuel Veloso später gestand, hatten er und die Majore Bage, Van Troy, Fenomeno, Daibo, Paulito Antonio und Gil das FAPLA-Kommando durch die Liquidierung der Oberkommandierenden des Generalstabes Bulo, Nzaji und Conçalves an sich gerissen. Ihr erstes Ziel lautete: physische Vernichtung der ZK-Mitglieder der MPLA und die Ersetzung der Regierung durch eine am 26. Mai benannte Putschistenregierung mit Nito Alves als Präsident, van Dunem als Premierminister, Jacob Caetano (Monstro Imortal) als Verteidigungsminister, Juca Valentim als Informationsminister, Pedro Fortunato als Provinz- oder Außenminister. Neuer Generalstabschef sollte Politikommissar Eduardo Evaristo werden (vgl. *Afrique Asie*, Paris, 13. 6. 1977, S. 27/28).

Parallelität von Putschversuch und Invasionsplänen

Die bewaffneten Putschisten begannen in der Nacht zum 27. Mai mit der Stürmung des Gefängnisses von Luanda, um inhaftierte Hochverräter und die wegen Fraktionsmacherei aus dem ZK der MPLA ausgeschlossenen Nito Alves und Jose van Dunem zu befreien. Der bereits Ende 1976 seines Amtes als Minister für innere Verwaltung enthobene Nito Alves und der ehemalige Politikommissar des FAPLA-Generalstabes Jose van Dunem standen an der Spitze der Verschwörer, als diese am Vormittag des 27. Mai die staatliche Rundfunkstation Radio Luanda besetzten und das Präsidentenpalais angriffen. Über Rundfunk erklärten sich die Putschisten zum „Aktionskomitee der MPLA“, dem es neben der Freilassung und Rehabilitierung von Alves und van Dunem vorab darum ginge, sogenannte „korrupte Minister“, die das Volk ausgebeutet hätten, zu verhaften. Die Bevölkerung Luandas wurde aufgerufen, vor das Präsidentenpalais zu ziehen, um gegen die Beschlüsse des MPLA-Zentralkomitees und die Regierung zu demonstrieren. Es gelang den Verschwörern dennoch nicht, die Massen zu mobilisieren und in den Nachmittagstunden des 27. Mai hatten regierungsloyale Einheiten der FAPLA die Situation wieder unter Kontrolle. Während die Anführer des Staatsstreichversuchs Alves, van Dunem und Bakalof die Flucht nach Zaire ergriffen, konnten mehrere Hundert Mitverschwörer festgenommen werden, darunter der stellvertretende Generalstabschef des Heeres Caetano und der bisherige

Binnenhandelsminister Machado.

Agostinho Neto hat unmittelbar nach der Niederschlagung des blutigen Putschversuchs eine harte Bestrafung der Verantwortlichen angekündigt, die sich mit ihren Gewaltakten, der Ermordung und Verschleppung führender MPLA-Repräsentanten in eine Reihe mit den imperialistischen Marionettenorganisationen FNLA, UNITA und FLEC gestellt hätten. Neto fügte hinzu, daß an der Aktion auch ausländische Kräfte beteiligt gewesen und erhöhte Wachsamkeit gegen die innere und äußere Reaktion am Platze sei.



Von den Putschisten ermordet (v. l.): „Dangereux“, Nzaji, Mingas

In der Tat fielen die Putschereignisse zusammen mit zairischen Luft- und Marineübergriffen im nördlichen Angola und im Süden häuften sich Überfälle der südafrikanischen Rassistenarmee. Schon im Frühjahr 1977 hatte Präsident Neto den Geheimplan „Cobra 77“ (Wortlaut in: AIB, Nr. 5/1977) aufgedeckt, demzufolge mit US-amerikanischer Rückendeckung von den Marionettentruppen, der zairischen Armee und Söldnerverbänden im Herbst d. J. eine militärische Offensive gegen Angola gestartet werden sollte. Laut Sunday Times vom 30. 5. 1977 sollte die Militärinvasion gleichzeitig von Zaire, Südafrika und vom Westen her übers Meer erfolgen, und zwar unter Einbeziehung der FNLA, der UNITA, Zaires, Südafrikas sowie der Westmächte Frankreich, USA und der Bundesrepublik in die Vorbereitungen. In Senegal sei das Hauptquartier zur Koordinierung der drei gleichzeitig geplanten Angriffsoperationen aufgeschlagen worden.

Das zwischenzeitliche Schüren der Widersprüche in Angola aber paßt haargenau in das Konzept der Westmächte, dieses neben Moçambique entscheidende Hinterland der Befreiungsbewegungen des südlichen Afrika sturmreif zu machen. Und dieses Ziel verfolgt die imperialistisch-rassistische Allianz umso entschiedener als mit Angola und Moçambique im Süden Afrikas ein Sieg des Sozialismus nun erstmals auch in Afrika bevorsteht.

Gestärkte Position Agostinho Netos

Nito Alves und seine Anhänger hatten schon seit Monaten unablässig verschiedene potentielle Konfliktherde geschürt, von rassistischen Tendenzen gegen Mischlinge in der MPLA-Führung über Vorwürfe, Neto und andere seien antisowjetisch und unterhielten insgeheim Kontakte zu den USA, bis hin zu Versuchen, das Bündnis von Arbeitern und Bauern zu entzweien. Wegen damit einhergehender Fraktionsbildung war Nito Alves bereits im November 1976 seines Amtes als Minister für innere Verwaltung enthoben, dann am 21. Mai 1977 auf der 5. Tagung des ZK der MPLA gemeinsam mit van Dunem aus diesem Organ ausgeschlossen und in Untersuchungshaft genommen worden.

Schließlich hatte das MPLA-Politbüro in der nachstehend im Wortlaut dokumentierten Erklärung vom 26. Mai das ganze Ausmaß der konspirativen Aktivitäten der Kräfte um Nito Alves offengelegt und zum Kampf gegen die Fraktionisten aufgerufen. Ungeachtet ihres Verwirrspiels mit pseudorevolutionären Parolen haben die Brutalität der rechten Gegenakteure wie auch ihr zeitliches Harmonieren mit der imperialisti-

schen Gegenoffensive im Süden Afrikas die Szene geklärt. „Niemand kann behaupten, daß diese Leute die Revolution verteidigen. Sie treten für die Konterrevolution, die Reaktion ein“, erklärte Präsident Neto in einer Rundfunkansprache am 30. Mai. Der noch für dieses Jahr vorgesehenen Umbildung der MPLA in eine marxistisch-leninistische Arbeiterpartei stehe nichts mehr im Wege.

Erklärung des Politbüros der MPLA Kampf dem Fraktionismus

Die 5. Tagung des Zentralkomitees (ZK) der MPLA hat Beschlüsse von größter Bedeutung gefaßt, die allen MPLA-Mitgliedern klar sein müssen und die es in die Praxis umzusetzen gilt.

Nach erst anderthalb Jahren Unabhängigkeit, für die unser Volk große Opfer brachte, sind schon heute enorme Errungenschaften sichtbar. Die Wiederherstellung der Würde unseres Volkes, der Respekt, den ihm die ganze Welt erweist, die Stärkung der nationalen Einheit, die Übernahme eines großen Teils der Reichtümer des Landes in die Hände des Volkes, die unumstößliche Entscheidung, unsere Verteidigungskraft zu stärken, die Erfolge beim nationalen Wiederaufbau, bei dem die Prinzipien des Marxismus-Leninismus angewendet werden, sind markante Fakten für den richtigen Weg der angolanischen Revolution.

Die vom 3. Plenum des ZK der MPLA gegebene sozialistische Orientierung (es fand im Oktober 1976 statt, Wortlaut in AIB, Nr. 3/1977; d. Red.) unterstreicht die Verantwortung der Arbeiterklasse im Bündnis mit den Bauern, den revolutionären Intellektuellen und dem patriotischen Kleinbürgertum bei der Führung unseres revolutionären Prozesses.

Plan der Spaltung des Volkes und der MPLA

Die nationale Einheit muß mit allen Mitteln erhalten werden. Während der Imperialismus seine bewaffneten Agenten einzuschleusen versucht, sind andere Kräfte bemüht, unser Volk zu spalten, wobei sie nicht nur tribalistische, regionalistische oder Rassenvorurteile ausnutzen, sondern vor allem ideologische Verwirrung stiften. Bei dem Versuch, Zwietracht in unserem Volk zu säen, beteiligten sich vor allem die fraktionistischen Gruppen. Wie bei anderen Ereignissen in der Vergangenheit entwickelten sie mit dem Namen der MPLA im Munde Aktivitäten gegen die politische Linie der Bewegung, ihr ZK und die Regierung der VR Angola. Die Anhänger dieser Fraktionen offenbaren immer ein schwaches politisch-ideologisches Bewußtsein, faseln viele für unser Volk schwer verständliche Worte und leisten keinen Beitrag dazu, die dringendsten konkreten Probleme des Landes zu studieren und zu lösen. Sie nutzen die Dynamik des Klassenkampfes für ihre eigenen und nicht für die Interessen der Klasse, die sie zu verteidigen vorgeben.

Der Fraktionismus, ein in allen revolutionären Parteien anzutreffendes Übel, manifestiert sich u. a. in der Herausbildung von Grüppchen, Ehrgeizlingen und Opportunisten, die den politischen Kurs angreifen, den die Führungsorgane festlegen, die den Inhalt der politischen Linie der MPLA verfälschen und versuchen, die Hegemonie und die Kontrolle über die gesamte Organisation zu erobern.

Der Fraktionismus äußert sich darin, daß die Prinzipien des demokratischen Zentralismus, die in einer revolutionären



Drei Anführer des Putschversuchs (v. l.): Alves, van Dunem und Bakalof

Organisation zur Erfüllung der Beschlüsse der Mehrheit – auch durch die nicht einverständene Minderheit – verpflichtet, grundlegend mißachtet werden. Der Fraktionismus unterminiert das Vertrauen der Massen zu den Führern, indem er Hetze und existierende Schwierigkeiten in der Produktion, in der Versorgung, im Transport, in der Erziehung und im Gesundheitswesen ausnutzt. Anstatt einen Beitrag zur Lösung der Probleme auf den verschiedenen Gebieten des nationalen Wiederaufbaus zu leisten, sabotiert der Fraktionismus alle positiven Maßnahmen, um dadurch Unzufriedenheit bei den Massen zu erzeugen.

Pseudorevolutionäre Wortkonstruktionen werden benutzt, um die Massen zu verwirren und die eigene Unfähigkeit zur Lösung der dringendsten Probleme unseres Volkes zu verschleiern. Das betrifft z. B. solche Fragen, wie das Land gegen die gegenwärtigen bewaffneten Provokationen und Infiltrationen zu verteidigen ist, die Produktion gesteigert werden kann sowie lebenswichtige Güter besser verteilt, das Gesundheits- und Erziehungswesen reorganisiert und die Werte der nationalen Kultur erneuert werden können.

Wie Fraktionisten anderer Epochen benutzen auch die neuen Fraktionisten ihre Mitgliedschaft in der Bewegung, um den Kurs der Leitungsorgane zu verunglimpfen, die Führer zu beschimpfen und illegale Strukturen zu schaffen, die ihr Handeln den wirklichen Aktionsgruppen oder -komitees aufzwingen wollen und diese für ihre fraktionistische Aktivität zu erobern trachten.

Den neuen Fraktionisten gelang es, eine geheime Organisation im Zusammenhang mit einem im ehemaligen „Dom Nacional“ (Abteilung Massenorganisationen des ZK der MPLA; d. Red.) von Nito Alves gegründeten „Sekretariat“ zu errichten. Dieses von Nito Alves geführte „Sekretariat“ rekrutierte „Aktivisten“, die nach einer speziellen Vorbereitung eine illegale Organisationstätigkeit aufnehmen, deren Struktur erst später aufgedeckt wurde. Diese Struktur erfaßte alle Sektoren Luandas – von den Arbeitsplätzen bis zu den Stadtvierteln, einige Provinzen, Massenorganisationen und Streitkräfte. Unter Vorgabe des Kampfes gegen andere fraktionistische Gruppen und unter Verwendung eines verbalen „Marxismus-Leninismus“ boten sich die neuen Fraktionisten

bei diesem oder jenem befreundeten Land an und scheuten sich nicht einmal, gewisse Botschaften zu besuchen, bei denen sie die MPLA und bestimmte Mitglieder und Führer der MPLA verleumdeten.

Mit einer demagogischen Phraseologie, die aus einer schlecht verarbeiteten Lektüre der Klassiker des Marxismus-Leninismus resultiert, täuschten die neuen Fraktionisten die Massen und die Mitglieder, indem sie dieses oder jenes MPLA-Mitglied als „Linksabweichler“, „Rechtsabweichler“, „Maoisten“, „antisowjetisch“, „nationalsozialistisch“ oder „sozialdemokratisch“ klassifizierten, um auf diese Weise ihre reaktionäre, regionalistische und rassistische Ideologie zu bemänteln. Die neuen Fraktionisten nutzten einige Versammlungen der Aktionsgruppen oder -komitees der MPLA, um Zweifel über die Richtigkeit der politischen Linie der Bewegung, des Zentralkomitees der MPLA und der Regierung der VR Angola zu verbreiten, denen sie die Schuld an den gegenwärtigen Schwierigkeiten des Landes zuschoben. Sie ließen kein Mittel unversucht, um Elemente für ihre illegale Struktur zu rekrutieren, die sich heimlich versammelten und splatterische Direktiven herausgaben – unter Mißbrauch gewisser Fakten des nationalen Lebens.

Dies geschah z. B. mitten im 2. Befreiungskrieg, am 6. Februar 1976, als die große Gegenoffensive gegen die südafrikanischen Positionen begann. Unter dem Vorwand der Suspendierung eines „Kudibanguela“ genannten Rundfunkprogramms wurde nicht gezögert, eine Protestlosung gegen die Regierung anzubringen.

Es war dieselbe fraktionistische Gruppe, die vor kurzem anlässlich einer normalen Suchaktion in zwei Stadtvierteln die Massen gegen das Politbüro, gegen die FAPLA (Volksbefreiungsarmee; d. Red.), die Regierung, die DISA (Direktion für Ermittlung und Sicherheit, d. Red.) und das „Jornal de Angola“ unter Verwendung von falschen und reaktionären Argumentationen aufzuwiegeln versuchte. Es ist notorisch, daß die Reaktion eine solche Situation ausnutzte, wobei sie sich der Fraktionisten und insbesondere Nito Alves bediente. Elemente wie Nito Alves, Galiano und Santo publizierten z. B. unter Verletzung aller Regeln der Parteidisziplin Pamphlete, in denen rücksichtslos Organe der MPLA, der Regierung sowie Führer und Mitglieder diffamiert wurden. Alle diese Verleumdungen wurden niemals auf den normalen Versammlungen der verschiedenen Organe der MPLA vorgetragen. Jedoch verteilte man diese Pamphlete in großer Zahl und propagierte sie in den schon erwähnten illegalen Strukturen der neuen Fraktionisten. In diesen Schriften wird der Versuch unternommen, einige Mitglieder des Politbüros der MPLA als maoistisch und antisowjetisch darzustellen. In der obskuren Absicht, die unzerstörbare Freund-

schaft zwischen der MPLA und der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, zwischen dem angolanischen und dem sowjetischen Volk zu schwächen, hat Nito Alves das Zentralkomitee in anmaßender Weise diffamiert.

Er zögerte nicht, von einer schweren Verantwortung zu sprechen, welche die Geschichte auf seine Schultern geladen habe. Die Pamphlete machen sogar deutlich, daß die neuen Fraktionisten ein „Sicherheitsnetz“ errichteten, mit dessen Hilfe Geheimdokumente erlangt und verbreitet werden sollten.

Auch die MPLA in ihrer Gesamtheit war Zielscheibe der Manöver der neuen Fraktionisten, die ihre ideologische Verwirrung auf einige ehemalige Funktionäre der Jugendorganisation übertrugen und damit zu Disziplinlosigkeit und Nichtachtung der Führungsorgane der MPLA aufwiegelten.

In dieser gesamten ideologischen Verwirrung zeigt sich vor allem die Unfähigkeit aller Fraktionisten, die MPLA von einer Partei der Arbeiterklasse zu unterscheiden. Die zahlreichen Zitate Lenins beziehen sich im allgemeinen auf konkrete Situationen der Partei unter bestimmten historischen Bedingungen, die nichts mit der Idee zu tun haben, die die Fraktionisten zu verteidigen vorgeben. So werden die Klassiker des Marxismus-Leninismus entstellt, und der Nutzen wird geschmälert, den die MPLA-Mitglieder aus ihrer kritischen Analyse der Theorie und Praxis ziehen könnten.

Die revolutionäre Maske ist gefallen

In ihrem Bestreben, das Zentralkomitee unter Druck zu setzen, offenbarten die neuen Fraktionisten kürzlich ihre gesamte Strategie und Taktik für eine Machtergreifung, als nämlich einige ihrer illegalen Organisationen in bestimmten Betrieben, in der Verwaltung und in den Stadtvierteln aufgedeckt wurden. Nachdem die revolutionäre Maske gefallen ist, bleibt die kleinbürgerliche tribalistische, rassistische und konfuse Ideologie übrig, die diesem gesamten Prozeß zugrunde lag. Alle diese Probleme waren Gegenstand einer tiefgründigen Analyse der 5. Tagung des Zentralkomitees. Es beschloß, die Einheit der MPLA und die nationale Einheit durch einen sofortigen rigorosen Kampf gegen den Fraktionismus zu stärken, innerhalb der MPLA und gegen die Teilung des Volkes.

Es kann keinen ernsthaften Kampf gegen den Imperialismus und die innere Reaktion geben ohne eine richtige Anwendung der internationalistischen Prinzipien, die unser Volk so tatkräftig zu praktizieren wußte. Das Politbüro des Zentralkomitees der MPLA verpflichtet alle Mitglieder und Anhänger, alle Kämpfer und Mitglieder der Massenorganisationen, eine umfassende Arbeit bei der Aufklärung und Entlarvung der neuen Fraktionisten zu führen, damit sich die gesamte MPLA einheitlich für die Lösung der gegenwärtigen vorrangigen Aufgaben auf dem Gebiet der Verteidigung, des nationalen Wiederaufbaus, der Vorbereitung des MPLA-Kongresses und der Gründung der marxistisch-leninistischen Partei mobilisieren kann.

Im Kampf gegen den Fraktionismus muß jedes MPLA-Mitglied seine ganze Kraft und Fähigkeit einsetzen, um zur Verbesserung der Lebensbedingungen unseres Volkes und insbesondere für die Erhöhung der Produktion und eine normale Verteilung beizutragen, so wie der Genosse Präsident sagte: „Alle Mitglieder der MPLA, alle Aktivisten, alle Mitglieder der Aktionsgruppen und -komitees müssen in Übereinstimmung mit den Beschlüssen des Zentralkomitees einen wahrhaften und ernsthaften Kampf gegen alle Fraktionisten führen, die ihnen auf ihrem Wege begegnen.“

Der Kampf geht weiter, der Sieg ist sicher!

Luanda, 26. Mai 1977

Politbüro des Zentralkomitees der MPLA

(Quelle: Jornal de Angola, Luanda, 28. 5. 1977)



Die versuchte Massenmobilisierung gegen den so populären Präsidenten Agostinho Neto mißlingt

Günter Ritter

Konturen der Politik der Regierung Desai

Nach der Niederlage der Kongreß-Partei Indira Gandhis bei den indischen Parlamentswahlen im März dieses Jahres¹ wurde der Führer des siegreichen Janata-Blocks, Morarji Desai, mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt. Welche Kräfte und Strömungen sind nun in dieser Regierung vertreten? Wie sieht ihr Programm aus? Können sie die dringenden innen- und außenpolitischen Probleme des Landes lösen? Das sind die Fragen, die auch nach einer nur knapp dreimonatigen Regierungszeit einer Antwort bedürfen.

Der Janata-Block: ein heterogenes Bündnis

Als Indira Gandhi am 18. Januar 1977 den Ausnahmezustand lockerte und Parlamentswahlen ankündigte, schlossen sich die oppositionellen bürgerlichen Parteien zu einem Rechtsbündnis, dem Janata-Block, zusammen.

Diesem Wahlbündnis gehörte die „alte“ Kongreß-Partei Morarji Desais an, die sich 1969 von der Kongreß-Partei abgespalten hatte. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte Desai mehrere Ämter in der indischen Regierung bekleidet. Weiterhin war die hindu-chauvinistische Jana Sangh unter Atal Behari Vajpayee in der Janata-Front vertreten, eine Partei, „die am liebsten Pakistan und Bangladesh annektieren, die Christen und Moslems zwangsbekehren und jeder heiligen Kuh ein Grabmal errichten würde.“² Dazu gehörten auch die rechtssozialdemokratische Sozialistische Partei von George Fernandez und die Organisation Bharatiya Lok Dal unter Raj Narain, der „enge Beziehungen zur Großbourgeoisie Kanpurs und zur Zuckerlobby Uttar Pradesh“ unterhält³.

Zu diesen vier Gruppierungen gesellte sich der sogenannte „Kongreß für Demokratie“, der sich kurz vor den Wahlen auf Initiative des damaligen Landwirtschaftsminister Jagjivan Ram von der Kongreß-Partei getrennt hatte.

Das Wahlprogramm dieses heterogenen Bündnisses, in dem „Sektierer und Reformer, Reaktionäre und Sozialromantiker“ gleichermaßen zusammengefounden hatten, „beschränkte sich auf die Forderung, Indira Gandhi müsse gestürzt werden.“⁴ Nach dem Wahlsieg aber verlangte das indische Volk Maßnahmen zur Beseitigung der dringenden Probleme, vor die sich das Land gestellt sieht.

Das Dorf als Basis des Wirtschaftsprogramms

Es scheint allerdings so, als habe die Regierung unter Ministerpräsident Desai erhebliche Schwierigkeiten bei der Ausarbeitung einer detaillierten wirtschaftlichen Konzeption. In einem Interview mit dem Spiegel sagte Desai auf die Frage, wie er den Fortschritt Indiens erreichen wolle: „Gerade jetzt sind wir dabei, einen Plan auszuarbeiten. Aber wir können doch nicht schon nach wenigen Wochen einen fertigen Plan oder gar Ergebnisse haben. Warum stellen Sie mir jetzt solche Fragen?“⁶ Und die Wiener Presse bemerkte am 28. 4. 1977 in einer Schlagzeile: „Indien kämpft mit alten Problemen. Wirtschaftskonzept steht aus“⁷. Für diese Vermutung spricht auch, daß eine Stellungnahme des Industrieministers

Brijlal Verma zur Wirtschaftspolitik von der Regierung mit der Begründung zurückgezogen wurde, sie sei „übereilt“ erschienen. „Die Ausarbeitung der Richtlinien für die wirtschaftliche Entwicklung werde mit Sicherheit noch ‚einige Zeit in Anspruch nehmen‘.“⁸

Immerhin gibt es einige Aussagen von Kabinettsmitgliedern, die erkennen lassen, wie das Ziel der neuen Regierung, nämlich innerhalb von zehn Jahren die Armut in Indien zu beseitigen, erreicht werden soll. Danach ergibt sich folgendes Bild:

- Der Landwirtschaft soll absolute Priorität eingeräumt werden. Entfielen bisher 20 % der Staatsausgaben auf die Landwirtschaft und 35 % auf die Industrie, so soll das Verhältnis nun umgekehrt werden.
- Die Industrie soll unter Zurückstufung der vormals betont vorrangigen Rolle der Schwerindustrie dezentralisiert werden. Die Großindustrie soll ihre Erzeugnisse weitgehend exportieren. Der Bedarf der Bevölkerung soll in Heimarbeit sowie in Klein- und Dorfindustrie erzeugt werden.
- Das Wachstum des staatlichen Sektors der Industrie soll eingeschränkt werden; die Investitionsbedingungen für das ausländische Kapital werden verbessert.

Außenpolitik einer „begrenzten Öffnung nach Westen“

Dadurch, daß die Regierung Desai das Dorf zur Basis ihres Wirtschaftsprogramms machen will⁹, eine Dezentralisierung der Industrie anstrebt, weitere Nationalisierungen nur noch in Ausnahmefällen vornehmen sowie die Investitionsbedingungen für ausländisches Kapital verbessern will, steuert sie einen Kurs an, der der wirtschaftlichen Eigenständigkeit und Unabhängigkeit Indiens sicherlich nicht förderlich sein wird. Ob mit einem solchen Konzept, – welches den kleinen Warenproduzenten in den Vordergrund stellt – das den Indern versprochene Recht auf Arbeit umfassend verwirklicht werden kann, muß bei der in weiten Teilen des Landes fehlenden Infrastruktur und den Distributionsschwierigkeiten ebenfalls bezweifelt werden.

Schon kurz nach Amtsantritt der Regierung Desai ergaben sich mit den Besuchen des BRD-Außenministers Genscher und seines sowjetischen Amtskollegen Gromyko Prüfsteine

Sitzverteilung im Parlament

	1971	1977
Kongreßpartei	350	153
Janata-Partei	–	270
(„Alter“ Kongreß (Syndikat))	16	–
Jana Sangh	22	–
Swatantra	8	–
Bharatiya Lok Dal	–	–
Sozialistische Partei)	5	–
Kongreß für Demokratie	–	28
Kommunistische Partei	23	7
Kommunistische Partei (M)	25	22
andere Parteien und Unabhängige	66	59

für die künftige Außenpolitik Indiens.

Genschers Besuch stand ganz im Zeichen einer Bonner Indien-Politik, die nach den Worten des SPD-Abgeordneten Schlaga dafür sorgen müsse, daß Indien „von den westlichen Ländern nicht ignoriert und nicht isoliert werden“ dürfe. „Wenn dieses Land allein gelassen würde, könne man gar keinen Einfluß mehr auf die Entwicklung Indiens nehmen.“¹⁰ Genscher wurde von 25 Vertretern westdeutscher Konzerne begleitet, was deutlich werden läßt, welche Hoffnungen wirtschaftlicher Art mit der Indien-Reise verbunden waren. Die Welt wußte zu berichten: „Mitglieder der prominent bestückten Wirtschaftsdelegation . . . haben überall mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß zunächst einmal störende Hemm-



Neuer Premierminister und Janata-Vorsitzender Desai

nisse beseitigt werden müssen, die aus bürokratischer Planung, restriktiver Mentalität und der Furcht vor finanzieller Überfremdung herrühren. Alle asiatischen Gesprächspartner versprochen Abhilfe, vor allem der neue indische Ministerpräsident Desai.¹¹

So erstaunt es denn auch nicht, daß Genscher sich nach seinem Besuch in Indien „außerordentlich zufrieden mit dem Ergebnis seiner Verhandlungen gezeigt“ hat¹².

Die Verhandlungen des sowjetischen Außenministers Gromyko in Neu Delhi waren dadurch belastet, daß Morarji Desai bei der Amtsübernahme als Ministerpräsident erklärt hatte, der sowjetisch-indische Freundschaftsvertrag von 1971 müsse verändert werden, wenn er der Freundschaft mit einem anderen Land im Wege stehe¹³. Diese Aussage veranlaßte reaktionäre Kreise im Westen, auf eine völlige Neuorientierung der indischen Außenpolitik zu hoffen. So schrieb der Londoner Daily Telegraph: „Man darf hoffen, daß dies das Ende

eines der übelsten und gefährlichsten Verträge dieses Jahrhunderts ist.“¹⁴

Die Ergebnisse der Verhandlungen Gromykos lassen jedoch erkennen, daß die indische Regierung sich zu einem realistischeren Standpunkt durchgerungen und den Wert guter Beziehungen zur Sowjetunion erkannt hat. Mehrere Abkommen über wirtschaftlich-technische Zusammenarbeit wurden unterzeichnet und der indische Außenminister Vajpayee betonte, „die Bande der Freundschaft zur Sowjetunion seien stark genug, um den Belastungen durch unterschiedliche Systeme, durch das Schicksal eines Individuums oder das Glück einer Partei standzuhalten.“¹⁵ Außerdem einigten sich beide Seiten auf ein gemeinsames Kommuniqué, in dem die Auflösung aller Militärstützpunkte im Indischen Ozean, eine gerechte Lösung des Nahostkonflikts unter Sicherung der legitimen Rechte des Volkes von Palästina sowie die Aufnahme der Sozialistischen Republik Vietnam in die UNO gefordert wird¹⁶.

Die Erwartungen der indischen Massen

Offensichtlich weiß die indische Regierung sehr wohl, daß der Wahlsieg des Janata-Blocks keineswegs eine Ablehnung der antiimperialistischen und gegenüber den sozialistischen Ländern freundschaftlichen Außenpolitik seitens des indischen Volkes bedeutete. Die Politik der „begrenzten Öffnung nach Westen“¹⁷ unter Beibehaltung fortschrittlicher Positionen in der Außenpolitik sucht dem mit der nötigen Vorsicht Rechnung zu tragen.

Wenn sich auch Anfang Mai die Parteien des Janata-Wahlbündnisses aufgelöst und sich offiziell zur Janata-Partei konstituiert haben, so bleibt doch die Frage, ob die unterschiedlichen Gruppierungen in der Regierungspartei, die auch verschiedenste Klasseninteressen vertreten, langfristig überhaupt in der Lage sein werden, einheitliche Positionen zu entwickeln und diese dann zu verwirklichen. Sicher ist dagegen, daß die indischen Volksmassen von der neuen Regierung erwarten, daß ihre Probleme gelöst werden. Dieser Tatsache ist sich Ministerpräsident Desai offenbar bewußt, denn auf die Frage des Spiegel, ob sich das Los der 620 Mio Inder nun zum Besseren wenden werde, antwortete er:

„Wenn es keine Wende zum Besseren gäbe, dann hätten wir all das nicht verdient. Dann würde dasselbe Volk uns hinwegfegen; und recht hätte es.“¹⁸

Die Kommunistische Partei Indiens hat inzwischen angekündigt, sie werde in der neuen Situation „die Rolle einer demokratischen Oppositionspartei spielen und ihren Beitrag für die Realisierung der Hoffnungen und Wünsche unseres Volkes leisten.“ Die KP Indiens werde „die Regierung nach ihren Taten beurteilen, korrekte Maßnahmen unterstützen und falsche bekämpfen.“¹⁹

Anmerkungen:

- 1) Vgl. AIB, Nr. 3/1977 sowie AIB, Nr. 5/1977
- 2) Süddeutsche Zeitung (SZ), 31. 1. 1977
- 3) Asien, Afrika, Lateinamerika, Nr. 1/1976, S. 63
- 4) SZ, 31. 1. 1977
- 5) Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, 27. 3. 1977
- 6) Der Spiegel, Nr. 23/1977
- 7) Die Presse, Wien, 28. 4. 1977
- 8) SZ, 5. 4. 1977
- 9) SZ, 6. 4. 1977
- 10) SZ, 19. 1. 1977
- 11) Die Welt, 2. 5. 1977
- 12) SZ, 23./24. 4. 1977
- 13) Vgl. dazu: Neues Deutschland (ND), Berlin, 26./27. 3. 1977
- 14) Hier zitiert nach: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29. 3. 1977
- 15) SZ, 27. 4. 1977
- 16) Vgl. ND, 29. 4. 1977
- 17) SZ, 31. 3. 1977
- 18) Der Spiegel, Nr. 23/1977
- 19) Resolution des Nationalrates der KP Indiens, in: Horizont, Berlin, Nr. 19/1977

Kommunistische Partei Indiens

Rückschlag für die Linkskräfte

(. . .) Die allgemeine Wahlentscheidung des indischen Volkes ist Ausdruck seines massiven Protestes gegen den groben Mißbrauch des Ausnahmezustandes und die Verletzung aller demokratischen Normen und Rechte, zu denen die Kongreßregierung in der jüngsten Periode Zuflucht nahm. Sie bringt den starken Protest gegen die Exzesse zum Ausdruck, die durch Zwangssterilisationen und die Vernichtung der Behausungen der Ärmsten begangen wurden. Sie widerspiegelt die Ablehnung der Angriffe auf die Arbeiterklasse, als die Prämienzahlung verweigert wurde, sie reflektiert den Widerstand gegen die Einführung des Zwangssparsystems und die Unterdrückung aller Gewerkschaftsrechte, gegen die Zunahme ungerechtfertigter Steuerlasten für die Bauernschaft und die blindwütige Unterdrückung der bürgerlichen Rechte und der Pressefreiheit. Vor allem aber erteilte das Volk der illegalen Konzentration persönlicher Macht eine eklatante Abfuhr. Dadurch, daß rücksichtslos die Staatsressourcen ausgenutzt und alle demokratischen Traditionen und Normen verletzt wurden, wurde sie in zunehmendem Maße zu einer drohenden Gefahr für das ganze Land und seine demokratische Entwicklung.

Die machtvolle Abstimmung gegen die Verletzungen und Abweichungen von der demokratischen Politik und ihren Institutionen durch die Regierung Indira Gandhi beweist die gesunden demokratischen Vorstellungen unseres Volkes. Damit wurde jedoch die von der Nation anerkannte progressive Politik der wirtschaftlichen Eigenständigkeit, der Stärkung des staatlichen Sektors, der radikalen sozialökonomischen Reformen, des Säkularismus, des Antimperialismus, der Nichtpaktgebundenheit und des Friedens, der Freundschaft und der Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern sowie der Proklamierung des Ziels des Sozialismus nicht verurteilt. Der Nationalrat der KP Indiens macht aber darauf aufmerksam, daß durch das Fehlen einer lebensfähigen linken und demokratischen Alternative die Regierungsmacht in die Hände einer Koalition gelangte, in der Sektionen vorherrschen, die gegen diese Ziele, gegen diese Politik opponieren. (. . .)

Ursachen des Scheiterns der Kongreß-Partei

Betrachtet man das Land als Ganzes, so wurden die organisierten politischen Kräfte der Linken und der anderen Demokraten in ihrer Gesamtheit geschwächt. Der Nationalrat der KP Indiens ist sich des ernststen Rückschlages bewußt, den unsere Partei im größeren Teil des Landes erlitt. (. . .) Hauptursachen, die zu dem Wahlergebnis geführt haben, sind zweifellos der abscheuliche Mißbrauch des Ausnahmezustandes gegen die einfachen Menschen, die Unterdrückung der bürgerlichen Freiheiten der demokratischen Kräfte, wodurch eine beklemmende Atmosphäre entstand. Besonders die werktätigen Menschen waren das Ziel brutaler Angriffe und Gewalttaten: Zwangssterilisationen, Vernichtung der Hütten, Massenverhaftungen, Belästigung und Verfolgung unschuldiger Menschen. Ehrliche Beamte und Offiziere wurden schikaniert, Regierungsangestellte, Lehrer und andere gequält – besonders im Zusammenhang mit der geforderten Quote bei Zwangssterilisationen. Alle demokratisch gesinnten und anständigen Menschen waren durch die heimtückischen und widerwärtigen Methoden völlig aufgebracht, die



Kongreß-Abtrünniger Ram, Verliererin Gandhi

von dem außerhalb der Verfassung agierenden Machtzentrum mit Sanjay Gandhi an der Spitze (Sohn Indira Gandhi, d. Red.) angewandt wurden. Dazu kamen Angriffe auf den Lebensstandard und die Rechte der Gewerkschaften der Arbeiterklasse, die riesigen Steuern für die werktätige Bauernschaft und Zwangsmethoden bei ihrer Eintreibung wie auch das Versagen, den Bauern annehmbare Preise für ihre Produkte einzuräumen. Indem das 20-Punkte-Programm faktisch zurückgestellt und durch das sogenannte 5-Punkte-Programm ersetzt wurde, zerbrach besonders die Hoffnung der Armen in den ländlichen Gebieten. Die Tatsache, daß eine linke und demokratische Alternative fehlte – insbesondere in den Gebieten, wo die Exzesse der außerhalb der Verfassung wirkenden Behörden widerwärtige Ausmaße annahmen –, ermöglichte es den Großbauern und anderen reaktionären Interessengruppen, die sich jeglicher Landreform widersetzen, die berechnete Unzufriedenheit der Menschen für sich auszunutzen.

Das Unvermögen in der jüngsten Zeit, die Preise zu halten und das Wachsen des Großhandelsindex im vergangenen Jahr um fast 15 Prozent traf die Masse des Volkes sehr hart. Die zunehmende promonopolistische Wirtschaftspolitik, die Hinwendung zur Weltbanklinie nach einem 'exportorientierten Wachstum' und die Liebedienerei gegenüber den multinationalen Monopolen führte zu berechtigten Besorgnissen unter vielen patriotischen und demokratischen Schichten. Die Lehrer, die Intelligenz, Studenten und städtische Mittelschichten wurden neben dem Ärger über den Mißbrauch des Ausnahmezustandes noch zusätzlich durch verstärkte Willkürmaßnahmen und Belästigungen abgestoßen. Die himmel-

schreiende antidemokratische Zensur und die Politik der offiziellen Massenmedien brachten die Regierung in völligen Mißkredit und führten zum kompletten Verlust ihrer Glaubwürdigkeit. Die faktische Zerstörung der inneren Demokratie und der Effektivität der Kongreßpartei sowie die bösartige Destabilisierungsoffensive gegen Kongreß-Staatsregierungen, in denen die Chefminister es ablehnten, als Marionetten zu fungieren, hatte verheerende Auswirkungen auf die Treue ihrer eigenen Anhängerschaft. Die bösartige Verleumdungskampagne, die von Sanjay Gandhi und seinem Klüngel gegen die KP Indiens gestartet wurde und der sich Frau Indira Gandhi und Gruppen unterwürfiger Kongreßführer anschlossen, zerstörte die Möglichkeiten einer wachsenden Einheit der demokratischen Kräfte gegen die Reaktion.

Der Austritt von Jagjivan Ram, Bahuguna, K. R. Ganesh, Frau Nandini Satpathy und anderen und die Formierung des Kongresses für Demokratie widerspiegelte die Kritik innerhalb des Kongresses an der beunruhigenden negativen Entwicklung. Die Entstehung des Kongresses für Demokratie und die Wahlallianz mit der Janata-Partei hatte faktisch das Schicksal des Kongresses besiegelt. Das war besonders im nördlichen Teil des Landes der Fall, wo der Mißbrauch des Ausnahmezustandes abstoßende Formen angenommen hatte und die Jana Sangh und die Bharatiya Lok Dal (reaktionäre Parteien, d. Red.) bereits mächtige Positionen besaßen.

In Westbengalen gab es keine Exzesse durch Zwangssterilisationen oder die Vernichtung von Häusern. Aber die allgemeine Unzufriedenheit war infolge vieler willkürlicher Verhaftungen, zügelloser Korruption, Zwangseintreibungen von Steuern und Dürreschulden der Bauern, weitverbreiteter Betriebsschließungen, Aussperrungen und Kurzarbeit groß. Über allen diesen Faktoren stand der intensive Kampf innerhalb des Kongresses zwischen den Anhängern Sanjays und anderen Gruppen sowie der starke Einfluß der KP (M) und ihrer Massenbasis.

In den vier südlichen Unionsstaaten, Kerala, Tamil Nadu, Andhra Pradesh und Karnataka, sowie in Assam und Manipur hat der Kongreß anders abgeschnitten. Die Bedrohung durch die illegale Konzentration persönlicher Macht und die damit verbundene tödliche Gefahr für die einfachen Menschen wie die Zwangssterilisationen hatte zum Zeitpunkt der Wahlen noch nicht solche gefährlichen Ausmaße erreicht wie in anderen Gebieten des Landes. In Kerala gab es einen höchst wichtigen besonderen Faktor: die regierende Vereinigte Front und die großen Erfolge der Koalitionsregierung. In Tamil Nadu hatten die zügellose Korruption, die volksfeindlichen Maßnahmen der vormaligen DMK-Regierung und der Kampf gegen diese Regierung durch die Allianz AIADMK – Kongreß – KPI und andere – eine entscheidende Rolle für den günstigen Wahlausgang gespielt.

Die Ergebnisse der Wahlen sind nicht nur durch regionale Faktoren begründet, sondern auch durch die Unterschiede in der politischen Situation und dem Kräfteverhältnis, das während des Ausnahmezustandes und der Wahlen existierte. Will man die Ursachen für den ernsthaften Rückschlag, den die KP in den größten Teilen des Landes erlitt, analysieren, ist es unabdingbar, die politische Linie zu überprüfen, die unsere Partei in der jüngsten Periode verfolgte.

Der Nationalrat der KP Indiens unterstützte den Ausnahmezustand, der im Juni 1975 verkündet wurde und berücksichtigte die äußerst ernste Situation, die zur damaligen Zeit bestand. Trotzdem hat unsere Partei selbst zu diesem Zeitpunkt die Gefahren erkannt, die ein möglicher Mißbrauch des Ausnahmezustandes gegen die demokratischen Kräfte mit sich bringen würde, und sie hat davor gewarnt. Während wir den Ausnahmezustand unterstützten, wurde in der Resolution des Zentralen Exekutivkomitees unserer Partei gesagt: „Es darf nicht erlaubt werden, daß der Ausnahmezustand zum Vorteil der Monopole und anderer Ausbeuter genauso wie durch die Bürokratie benutzt wird, um die Wirtschaft und

die Administration des Landes in ihre Hand zu bekommen . . . Unter keinen Umständen darf der Ausnahmezustand gegen die legitime demokratische Agitation und andere Aktivitäten des Volkes genutzt werden. Diese Warnung ist um so wichtiger angesichts der Tatsache, daß in der Vergangenheit solche Macht größtenteils mißbraucht wurde.“

Die Kongreß-Regierung verließ sich vor allem auf administrative Methoden, um die Probleme zu lösen und vermied es, die Massen politisch zu mobilisieren.

In den vergangenen 19 Monaten hat die KP Indiens jeden undemokratischen Schritt der Regierung sowohl innerhalb als auch außerhalb des Parlaments bekämpft. Es war ein Kampf gegen den Versuch, ein sogenanntes Präsidialsystem als Regime persönlicher Macht zu errichten. Dabei kam es darauf an, gegen die Destabilisierung der Staatsregierungen durch den Klüngel im Zentrum, gegen die sogenannte Verfassungsgebende Versammlung genauso wie gegen die antidemokratischen Klauseln des 42. Ergänzungsgesetzes zur Verfassung und gegen den bösartigen Mißbrauch der Zensur und der offiziellen Massenmedien, für die Beibehaltung der bürgerlichen Freiheiten in dieser Periode zu ringen.

Die KP Indiens entlarvte alle Angriffe gegen die Arbeiterklasse und das ausgebeutete Volk. Besonders trat sie gegen die Zwangssterilisationen und die Vernichtung der Hütten der Armen auf, sie wandte sich entschieden dagegen, den Arbeitern ihr Recht auf Prämien zu entreißen und die Teuerungszulagen einzufrieren. Die massiven Einschränkungen, Entlassungen und Schließungen sowie die Angriffe auf die demokratischen Rechte und die Einheit der Gewerkschaften stießen auf den energischen Protest der Kommunisten. Sie organisierten – wenn auch in einem begrenzten Rahmen – Massenkämpfe und Protestaktionen gegen diese Angriffe.

Inkonsequenzen und Fehler

Unsere Partei bekämpfte die Politik der großzügigen Konzessionen für die Monopolisten und des Abweichens von der bisherigen ökonomischen Politik durch die Akzeptierung der Linie der Weltbank in der Wirtschaftspolitik. Sie enthüllte das faktische Beiseiteschieben des 20-Punkte-Programms und seine Ersetzung durch das 5-Punkte-Programm. Mit diesen Aktivitäten unserer Partei wurde das Volk auf Grund der groben Entstellungen durch die offiziellen Massenmedien und die Zensurmächte des Klüngels sowie der antikommunistischen Ausrichtung der Monopolpresse nicht bekannt gemacht.

All das bewirkte, daß die antikommunistische Kampagne gegen uns in der jüngsten Periode stark zunahm. Unsere Kader in vielen Staaten wurden Opfer des MISA (Gesetz zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit – d. Red.). Der Nationalrat der KP Indiens ist jedoch der Auffassung, daß es ein ernster Fehler unserer Partei war, nicht die Aufhebung des Ausnahmezustandes in dem Augenblick gefordert zu haben, als die negativen Aspekte offenkundig wurden. Es fehlte die klare Erkenntnis, daß die riesigen Potentiale des Ausnahmezustandes nicht für lange Zeit in den Händen eines bürgerlichen Staates und seiner Bürokratie verbleiben können. Die Meinung, daß der Ausnahmezustand für fortschrittliche Veränderungen der Staatsmacht in einer nationaldemokratischen Richtung genutzt werden könnte, ohne daß die Demokratie Schaden nimmt, war fehlerhaft. Ein weiterer ernster Fehler war das Unvermögen, einen effektiven Arbeitsstil auf unterster Ebene durchzusetzen, der uns enger an die Massen herangebracht und in die Lage versetzt hätte, unsere Politik mit ihnen konkreter und wirkungsvoller zu gestalten. Die richtige Initiative der Padayatra-Kampagne wurde nicht zu Ende geführt. Unsere Partei verfehlte es auch, rechtzeitige, angemessene Massenbewegungen und -kämpfe vorzubereiten.

Die KP Indiens hatte die Klausel des 42. Ergänzungsgesetzes

für die Verfassung richtig bekämpft, die die Legislaturperiode der Lok Sabha (indisches Unterhaus, d. Red.) und der Staatenversammlungen auf sechs Jahre verlängerte. Sie hat völlig richtig gefordert, daß die Wahlen nicht weiter verschoben, sondern wie geplant durchgeführt werden sollten.

Nach Auffassung des Nationalrates der KP konnte unsere Partei auf Grund der vorhandenen Gesamtsituation keine andere Linie in den Wahlen verfolgen. Der Kampf mußte nach zwei Seiten geführt werden: gegen die Reaktion, die sich in der Janata-Partei gesammelt hatte (obwohl nicht alle ihre Sektionen über einen Kamm geschert werden dürfen), und gegen die rechten Kräfte, die strategische und äußerst starke Positionen innerhalb des Kongresses innehatten und in deren Händen insbesondere die persönliche Macht konzentriert war. (. . .)

In der neuen Situation hat unsere Partei die Rolle einer demokratischen Oppositionspartei zu spielen und ihren Beitrag für die Realisierung der Hoffnungen und Wünsche unseres Volkes zu leisten. Wir werden uns für die Konsolidierung und Entwicklung des erwachten demokratischen Bewußtseins unseres Volkes einsetzen, damit es wachsam bleibt, alle positiven Errungenschaften seit der Unabhängigkeit sichert, die von der Nation akzeptierte fortschrittliche Politik vorwärtsgetrieben wird und die gestellten Ziele erreicht werden.

Der Nationalrat vertritt auch die Ansicht, daß ständige Wachsamkeit geübt werden muß, um jede imperialistische Verschwörung zur Umkehrung des Prozesses der unabhängigen wirtschaftlichen Entwicklung zu vereiteln und alle Versuche zu zerschlagen, die Rolle Indiens im weltweiten Kampf gegen den Imperialismus und seine neokolonialistische Offensive zu unterminieren.

Unsere Partei wird die neue Regierung nach ihren Taten beurteilen, korrekte Maßnahmen unterstützen und falsche bekämpfen. Wir werden – wie wir es immer getan haben – stets für die Sache der Werktätigen und der Nation eintreten. Unsere Partei fordert die neue Regierung auf, schnelle Schritte zu unternehmen, um ihre Wahlversprechen einzuhalten, z. B. die bürgerlichen Freiheiten wiederherzustellen, das Gesetz zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit (MISA) und das Gesetz gegen die Veröffentlichung fragwürdiger Angelegenheiten zu beseitigen, das Feroze-Gandhi-Gesetz in Kraft zu setzen, dessen Einführung auch unsere Partei ständig forderte (dieses Gesetz sichert Immunität für die Veröffentlichung aller Vorgänge im Parlament zu, d. Red.). Die neue Regierung sollte die undemokratischen Klauseln des 42. Ergänzungsgesetzes zur Verfassung ändern, die von unserer Partei von Anbeginn im Parlament bekämpft wurden.

Die Bedeutung des Massenkampfes

Die Kommunistische Partei fordert von der neuen Regierung, den antiimperialistischen Inhalt der nichtpaktgebundenen Außenpolitik zu konsolidieren und weiterzuführen. Sie sollte die Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen unserem Land und der Sowjetunion und den anderen befreundeten sozialistischen Staaten weiterentwickeln, die in allen Zeiten der Not an der Seite unserer Nation gestanden und uns beim Kampf um die politische Eigenständigkeit geholfen haben. Die Erfahrungen unseres Volkes demonstrieren in reichem Maße, daß die Politik der Nichtpaktgebundenheit und der engen Zusammenarbeit und Freundschaft mit den sozialistischen Ländern nicht ohne eine Politik des Antiimperialismus verteidigt und in der modernen Welt weitergeführt werden kann.

Die neue Regierung sollte aktiv den nationalen Befreiungskampf der Völker des südlichen Afrikas unterstützen, die Solidarität mit der gerechten Sache der arabischen Völker gegen den US-Imperialismus und den Zionismus erneuern und die wachsenden freundschaftlichen Beziehungen zwi-

schen unserem Land und unseren Nachbarstaaten konsolidieren. Die US-Regierung muß aufgefordert werden, die Waffenlieferungen an Pakistan sofort zu stoppen. Es geht darum, auf die Räumung des US-imperialistischen Militärstützpunktes Diego Garcia hinzuwirken und zusammen mit allen Anliegerstaaten dazu beizutragen, den Indischen Ozean in eine Zone des Friedens umzuwandeln. Der Nationalrat der KP Indiens warnt nachdrücklich vor solchen Versuchen, wie sie jetzt in der Erklärung des Präsidenten enthalten waren, heimlich ein Zweiparteiensystem à la USA in unserem Land einzuführen. Das wäre ein Versuch, das kapitalistische System zu konsolidieren, die linken und demokratischen Parteien und Kräfte zu schwächen und zur politischen Bedeutungslosigkeit zu verurteilen. Es würde ein politischer Mechanismus erzeugt, mit dessen Hilfe die Massen vom Kampf für radikale sozialökonomische Maßnahmen und eine wahre Demokratie, die zum Sozialismus führt, abgelenkt werden sollen.

Neue Herausforderung der demokratischen Parteien

Der Nationalrat der KP Indiens verspricht, daß unsere Partei in dieser neuen Situation alles in ihrer Macht Stehende tun wird, um die Einheit der linken und anderen demokratischen Kräfte herbeizuführen und zu entwickeln. In den Massenorganisationen der Arbeiterklasse, der Landarbeiter, der Bauernschaft, der Jugend und der Studenten sowie überall dort, wo unsere Genossen führende Positionen innehaben, sollten unverzüglich Schritte und Initiativen unternommen werden, um Massenaktionen zur Verteidigung ihrer Interessen zu organisieren. Es gilt, unabhängig von der Parteizugehörigkeit Kontakte zu anderen Massenorganisationen aufzunehmen, zielgerichtete Vereinbarungen zu treffen und die erforderliche Einheit zu schaffen.

Der Nationalrat der KP Indiens fordert alle Parteimitglieder und Sympathisanten auf, sich ein realistisches Bild von der politischen Situation zu machen, um so schnell wie möglich die Einheit aller Demokraten unter den neuen Bedingungen herbeizuführen. Dieser Prozeß muß eine Orientierung in dem Sinne erhalten, daß sich im Laufe der Zeit eine politische Plattform als Basis dieser Einheit herausbildet. Wir müssen energische Anstrengungen unternehmen, um alte Barrieren zu überwinden und die Aktionseinheit in massenpolitischen Fragen – nach Möglichkeit mit der KP (M) und der sie unterstützenden Anhängerschaft – zu erzielen. Diese politische Grundlinie muß auch unser Herantreten an andere linke und demokratische Parteien, einschließlich der regionalen, kennzeichnen. Die Einheit mit den linken und anderen demokratischen Kräften im Kongreß und den sie unterstützenden Massen muß aufrechterhalten und erweitert werden, ebenso mit dem Kongreß für Demokratie. Darüber hinaus müssen ernsthafte Bemühungen unternommen werden, um diese Absichten in bezug auf die Einheit aller demokratischen Kräfte unter die Massen, die für die Janata-Partei stimmten, und die demokratischen Elemente innerhalb dieser Partei selbst zu bringen. (. . .)

Der Nationalrat der Kommunistischen Partei Indiens ist davon überzeugt, daß unsere Partei schnell die Auswirkungen des ernstesten, zeitweiligen Wahlrückgangs überwinden und ihren Vormarsch wieder aufnehmen wird. In diesem Zusammenhang besteht die Hauptaufgabe darin, die ideologische, politische und organisatorische Einheit der Partei zu stärken und sie als unser wertvollstes Gut zu hüten. Es ist notwendig, die dargelegten Schwächen zu überwinden – vor allem, was den Aufbau der unabhängigen politischen Basis unserer Partei in der Arbeiterklasse, unter den Landarbeitern und den unterdrückten Werktätigen der Bauernschaft betrifft.

(Quelle: Horizont, Berlin, Nr. 19/1977)

Anni Friese

Das Kulturabkommen Bonns mit dem Iran

Daß das Eintreten Bonns für die Menschenrechte nichts weiter ist als Heuchelei und da an seine Grenzen stößt, wo es ums Geschäft geht, beweist die verstärkte Zusammenarbeit mit dem faschistischen Regime im Iran¹.

Sowohl die wirtschaftlichen als auch die politischen Beziehungen werden weiter ausgebaut gegenüber einem Land, das einen traurigen Rekord an Hinrichtungen und politischen Gefangenen vorzuweisen hat. Von Schah Reza Pahlewi wird diese „Freundschaft“ dann auch lobend hervorgehoben: „Die Beziehungen zwischen den Regierungen in Bonn und Teheran waren selten so ungetrübt wie in diesen Tagen. Daß diese Tatsache nicht nur auf den üppig florierenden Handel zurückgeht, zeigt das politische Einverständnis, das unausgesprochen zwischen beiden Regierungen herrscht.“² Zu diesem „unausgesprochenen politischen Einverständnis“ dürfte wohl auch die Kooperation des Bundesnachrichtendienstes (BND) mit dem berüchtigten iranischen Geheimdienst SAVAK und die Auslieferung iranischer Demokraten an das Terrorregime gehören.

Wie offenherzig die herrschenden Kreise in der BRD ihre Sympathie für den Schah zum Ausdruck bringen, zeigt sich in diesen Tagen erneut anlässlich des 10. Jahrestages der Erschießung Benno Ohnesorgs durch einen Polizisten während des Schah-Besuchs am 2. Juni 1967 in Berlin. Dazu schreibt die großbürgerliche Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ): „Dieser tragische Tod (Benno Ohnesorgs, d. Verf.) verlieh in Deutschland der Legende, die Monarchie Mohammed Reza Schahs sei in ganz Asien das schlimmste Terrorregime, breite Publizität.“³ Weiter schließt sich die FAZ der Diffamierungskampagne der iranischen Presse gegen die Gefangenenhilfsorganisation Amnesty International an, der vorgeworfen wird, sie hätte durch ihre Informationen über das Schah-Regime „den Boden für ein Urteil ohne Proportionen bereitet.“⁴

Väter des Kulturabkommens: Filbinger und Schmidt

Neben dem Ausbau der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen gehört es zur langfristigen Strategie Bonns, die kulturellen Beziehungen zum Iran auszudehnen, um so seine Interessen auch ideologisch abzusichern, denn der Iran ist für die BRD nach den USA der zweitgrößte Absatzmarkt in Übersee, wichtiger Öllieferant und profitables Kapitalanlagegebiet⁵. In diesem Zusammenhang muß auch das Ende April 1977 unterzeichnete Kulturabkommen über den Bau einer bundesdeutsch-iranischen Hochschule in Rascht in der Provinz Ghilan am Kaspischen Meer eingeordnet werden, das bisher einmalig in der Geschichte der BRD ist. Der Bau der Hochschule, an der 130 bundesdeutsche Professoren unterrichten sollen⁶ und dessen Lehrplan in der BRD ausgearbeitet wird, war vom badenwürttembergischen Ministerpräsidenten Filbinger angeregt und von Bundeskanzler Helmut Schmidt bei einem Iran-Besuch 1975 vereinbart worden⁷. Eine kurz nach dem Besuch gebildete bundesdeutsch-iranische Kommission erarbeitete das Konzept der Universität, die vorwiegend naturwissenschaftlichen Charakter haben soll. Aufgrund der Tatsache, daß die BRD-Regierung dem

iranischen Regime Handlangerdienste bei der Verfolgung iranischer Demokraten leistet, kann man davon ausgehen, daß an der Hochschule in Rascht ebenso wie an allen anderen iranischen Universitäten der Geheimdienst SAVAK allgegenwärtig ist, Verhöre und Verhaftungen von Studenten an der Tagesordnung sein werden, um jede Kritik im Keim zu ersticken. Darüber hinaus paßt die Errichtung der Ghilan-Universität in das Konzept des Pfauenthrons, die Bildungseinrichtungen des Landes zu dezentralisieren, um die kritische Intelligenz besser kontrollieren zu können.



Teheran-Besucher Bundeskanzler Schmidt, Schah Pahlewi

Daß nicht nur die reaktionärsten Kräfte innerhalb der CDU/CSU um die Gunst des Schahs buhlen, sondern auch die sozialliberale Regierung, zeigte sich erneut mit der Unterzeichnung dieses Kulturabkommens. Vertreter von Regierung und Opposition übertrafen sich gegenseitig in der Hervorhebung der Einzigartigkeit und Bedeutung dieses Projektes, wobei die Tatsache der Ermordung und Folterung iranischer Demokraten selbstverständlich übergangen wurde.

Alfred Dregger, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU, der den „Iran als eines der stabilsten Länder der freien Welt“⁸ bezeichnet hatte, äußerte dazu: „Wir sollten den Ländern verständnisvoll helfen, die bereit sind, sich westlichen Einflüssen zu öffnen. Der Iran ist dazu bereit, wie die Gründung einer deutschen Auslandsuniversität zeigt, übrigens der ersten, die es in der Welt gibt.“⁹ Daß es bei der „verständnisvollen Hilfe“ um die Absicherung und den Ausbau der westdeutschen Kapitalinteressen geht, zeigt sich schon allein daran, daß sich die beiden bundesdeutschen Konzerne Grundig und Krupp mit je 2,4 Mio DM am Bau der Universität beteiligen und zum „Verein der Freunde der Universität Ghilan in Deutschland“ zählen¹⁰.

Staatssekretär Wenk vom Kultusministerium in Baden-Württemberg, das bei dem Projekt eng mit der Bonner Regierung zusammenarbeitet, gibt die mit dem Abkommen verfolgte Absicht unumwunden zu. Das Ziel des Abkommens soll sein, „daß nicht nur das kulturelle Verständnis, sondern auch der Austausch materieller und immaterieller Güter durch diese Universitätsgründung, die erste in der deutschen Geschichte, außerordentlich belebt wird . . . Ministerpräsident Dr. Filbinger war der Ansicht, daß das rohstoffarme Deutschland in der Welt nur Erfolg haben kann, wenn es enorme Beziehungen aufnimmt, wenn es sein „know how“ hinausgibt in die Welt und dann aus der Welt wieder wirtschaftliche und andere Beziehungen erhält.“¹¹



BRD-Großbourgeoisie auf der Teheraner Investitionskonferenz 1974

Trotz Beteuerung des Eintretens für die Menschenrechte und der Entrüstung einzelner sozialdemokratischer Bundestagsabgeordneter über die Äußerungen Alfred Dreggers verfolgt die Bundesregierung in bezug auf den Iran dieselbe Zielrichtung wie die Opposition. Staatsminister Wischniewski bezeichnet die Regierung in Teheran, die tagtäglich die elementaren Menschenrechte verletzt, als „unsere Freunde“ und ließ es sich nicht nehmen, noch einmal auf die Tradition der guten Beziehungen zwischen der BRD und Persien hinzuweisen, die „innerhalb der Jahre intensiviert wurden auf dem politischen Gebiet, aber auch in sehr starkem Maße auf dem wirtschaftlichen Sektor.“¹²

Nach den Worten Wischniewskis soll nun mit dem Kulturabkommen ein weiterer Schritt zur Pflege der Tradition der guten Zusammenarbeit geleistet werden. Und Staatssekretär Hermes vom Auswärtigen Amt, der das Abkommen in Teheran unterzeichnete, erklärte nicht ohne Stolz: „Der Plan, eine gemeinsame Universität in Iran zu gründen, liegt schon viele Jahre zurück, schon 15–16 Jahre, aber es ist nie zu einer Verwirklichung dieser Idee gekommen. Als Bundeskanzler Schmidt vor zwei Jahren in Teheran war, hat er dort zusam-

men mit Ministerpräsident Howeida eine Absichtserklärung abgegeben . . ., in der zum Ausdruck gebracht wurde, daß beide Regierungen bei der Gründung einer solchen Universität zusammenzuarbeiten beabsichtigen . . . Beide Regierungen haben sich hier für ein Projekt entschieden, das einzigartig seiner Natur nach ist.“¹³ Auf die Frage, ob es möglich wäre, mit anderen Ländern ähnliche Kooperationen einzugehen, entgegnete Hermes: „Das wäre theoretisch möglich, aber im Falle des Iran beruht das gegenwärtige Projekt auf einer sehr langen und sehr gründlichen Vorarbeit, und auf besonders günstigen Umständen.“¹⁴

Die Unterdrückungspraxis des Schah-Regimes und die Komplizenschaft der BRD-Regierung mit dem Pfauenthron bewog kürzlich, noch vor Unterzeichnung des Kulturabkommens, den Landesverband Nordrhein-Westfalen des Verbandes Deutscher Schriftsteller (VS) zur Verabschiedung einer Protestresolution, in der die Bundesregierung aufgefordert wird, „kein Kulturabkommen abzuschließen, bevor die Menschenrechte im Iran wiederhergestellt und die politischen Gefangenen, deren Zahl zwischen 30 000 und 100 000 liegt, freigelassen worden sind.“¹⁵

Anmerkungen:

- 1) Ein ausführliche Darstellung zum Verhältnis Bonn-Teheran findet sich in: AIB-Sonderdruck Nr. 2/1977. Bonn wider die Menschenrechte, S. 30-35
- 2) Nachrichten aus Iran, 25. 7. 1976
- 3) Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 31. 5. 1977
- 4) Ebenda
- 5) Vgl. AIB-Sonderdruck Nr. 2/1977, S. 30-32
- 6) Süddeutsche Zeitung (SZ), 3. 3. 1977
- 7) Berliner Extra Dienst (ED), 22. 2. 1977
- 8) SZ, 18. 4. 1977
- 9) Deutsche Zeitung Christ und Welt, 13. 5. 1977
- 10) ED, 26. 4. 1977
- 11) Interview der Deutschen Welle mit Staatssekretär Wenk vom Kultusministerium Baden-Württemberg, 3. 5. 1977
- 12) Interview der Deutschen Welle mit Staatsminister Wischniewski, 2. 5. 1977
- 13) Interview der Deutschen Welle mit Staatssekretär Hermes, 3. 5. 1977
- 14) Ebenda

US-Imperialismus

José Lava Die Tradition der US-Asienpolitik

Das erste ernsthafte Eingreifen des US-Imperialismus in Asien geht auf den spanisch-amerikanischen Krieg von 1898 zurück. Nachdem im Bürgerkrieg (1861-65) der industrialisierte Norden über den feudalistischen Süden gesiegt hatte, entwickelte sich der US-Kapitalismus sehr schnell. Durch Fusion kleiner und mittlerer Firmen bildeten sich Monopole in Industrie und Bankwesen heraus, die – obgleich sie im Vergleich zu den europäischen Monopolen noch recht schwach waren – die Suche nach ausländischen Rohstoffquellen, Exportmärkten und Anlagemöglichkeiten für überschüssiges Kapital aufnahmen.

Vordringen der USA nach Asien um die Jahrhundertwende

Die USA benutzten den „Zwischenfall von Havanna“ als Rechtfertigung, Spanien den Krieg zu erklären und schickten auf der Stelle ihre Flotte zu den Philippinen, die sich zu diesem Zeitpunkt im bewaffneten Kampf um die Unabhängig-

keit befanden. Nach einem Scheingefecht zwischen den US- und den spanischen Truppen kapitulierte Spanien und verkaufte (1898 im Frieden von Paris, d. Red.) die Philippinen an die USA. Sofort begannen die US-Truppen den Krieg gegen die schlechtbewaffneten Philippinos und schlugen 1902 die erste nationaldemokratische Revolution dieser Region nieder, die von den Katipunan unter Führung von Andres Bonifacio 1896 begonnen wurde. Da Spanien zu den schwächsten Kolonialmächten zählte, war es für die USA leicht, die Kontrolle über die Philippinen zu erlangen. Diese waren zum einen wertvoll als Ausgangspunkt für die ökonomische Durchdringung Asiens, zum anderen als militärische Basis gegen rivalisierende Kolonialmächte in dieser Region. Darüber hinaus waren die Kolonialmächte damit beschäftigt, China in „Einfluß- und Interessensgebiete“ aufzuteilen.

Der 1. Weltkrieg, der u. a. mit dem Ziel der Neuverteilung der Kolonien geführt wurde und in den die USA mit dem Vorwand der „Rettung der Welt für die Demokratie“ erst spät eintraten, endete mit der Niederlage Deutschlands, der Schwächung Großbritanniens und Frankreichs und der Stär-

SEATO, ASEAN und ANZUS

Der **Südostasiatische Verteidigungspakt (SEATO)** wurde am 8. 9. 1954 in Manila unterzeichnet. Gründerstaaten waren: Australien, Frankreich, Großbritannien, Neuseeland, Pakistan, Philippinen, Thailand und die USA.

Nach dem Rückzug Frankreichs und Pakistans aus dem Bündnis sowie unter dem Eindruck der Ereignisse in Indochina führten zunehmende Auflösungstendenzen zu der Entscheidung des Ministerrats der SEATO, das Bündnis bis 1978 aufzulösen.

Der **Verband Südostasiatischer Staaten (ASEAN)** wurde am 8. 8. 1967 in Bangkok gegründet. Mitglieder sind Indonesien, Malaysia, die Philippinen, Thailand und Singapur.

So verschieden wie die politisch-soziale Situation in den Mitgliedsstaaten ist, so widersprüchlich verläuft auch die Entwicklung der ASEAN: Obwohl die Staatsoberhäupter der ASEAN-Länder sich für die Schaffung einer Zone des Friedens in Asien aussprachen, verstärken sich die Versuche der USA und reaktionärer Kreise in den ASEAN-Staaten, den Verband zu einer militärischen Nachfolgeorganisation der SEATO umzuformen. Ein Indiz dafür sind die steigenden Rüstungsausgaben der betreffenden Länder: sie stiegen von 1,6 Mrd Dollar 1974/75 auf 2,6 Mrd Dollar 1975/76. Im gleichen Zeitraum wurden die Streitkräfte von 633 700 auf 730 000 Soldaten verstärkt. Außerdem werden gemeinsame Manöver und der Bau von Rüstungsbetrieben erwogen. (Zur SEATO und ASEAN siehe auch AIB, Nr. 4/1977)

Der **ANZUS-Pakt** (ANZUS steht für die Anfangsbuchstaben der Mitgliedsstaaten: Australien, Neuseeland, USA) wurde am 1. 9. 1951 in San Francisco unterzeichnet. Ursprünglich gegen Japan gerichtet, soll das Militärbündnis nach der Niederlage in Indochina und angesichts der Auflösungstendenz der SEATO die imperialistischen Interessen in Asien absichern. Die in den letzten Monaten durchgeführten Manöver „Känguruh II“, „Tapferes Erbe“, „Rimpac“, sowie „Tasmanex“, an dem auch britische Truppen teilnahmen, dokumentieren die verstärkten militärischen Aktivitäten des ANZUS-Pakts. Die konservativen Regierungen in Canberra und Wellington unterstützen das militärische Engagement der USA im asiatisch-pazifischen Raum tatkräftig; u. a. erhöhten sie die Rüstungsausgaben ihrer Länder, verstärkten die Waffenkäufe in den USA und begrüßten nachdrücklich die Errichtung des amerikanischen Stützpunktes Diego Garcia.

spirierte mit holländischen Monopolisten, um die Unabhängigkeit Indonesiens zu verhindern. Als das fehlgeschlug, unterstützte er indonesische Reaktionäre, um das antiimperialistische Regime Sukarnos (1945-65) zu stürzen. Er versuchte, das antiimperialistische Regime Nehrus (1947-64) in Indien und das Regime Sukarnos in eine antikommunistische Militärallianz einzubeziehen, was aber nicht gelang. Er veranlaßte die südkoreanische Aggression 1950 gegen Nordkorea, die mit einem Patt und der weiteren US-Militärpräsenz in Südkorea endete. Er unterstützte erfolgreich den britischen Imperialismus und malayische Reaktionäre, um die bewaffnete Befreiungsbewegung dieses Landes zu schlagen. Er stachelte Vertreter der philippinischen Oligarchie an und half ihnen zur Niederwerfung des bewaffneten Befreiungskampfes in den Philippinen. Er ist die Hauptkraft hinter der erfolgreichen israelischen Aggression gegen die arabischen Länder und die Befreiungsbewegungen im Nahen Osten. Gemeinsam mit dem französischen Imperialismus versuchte er, den bewaffneten Befreiungskampf in Vietnam, der sich später auf Laos und Kambodscha ausdehnte, zu ersticken, erlitt aber eine verheerende Niederlage.

Der US-Imperialismus besitzt den größten Einfluß auf den CENTO-Pakt im Nahen Osten und auf den Südostasiatischen Verteidigungspakt (SEATO), die beide das Ziel haben, nationale Befreiungskämpfe zu unterdrücken und die US-Ausbeutung und Vorherrschaft über diese Regionen aufrechtzuerhalten. Die Erkenntnis der wachsenden Ohnmacht der SEATO, entstanden aus den Erfahrungen in Vietnam, hatte die Gründung des Verbandes Südostasiatischer Staaten (ASEAN) zur Folge. Eine Vereinigung, die die gleichen Ziele verfolgt wie die SEATO, sie aber mit anderen Mitteln als mit offenen militärischen Interventionen unter Verwendung von US-

kung der USA und Japans. Die größten imperialistischen Rivalen in Asien waren Großbritannien, das weiterhin die Vorherrschaft innehatte, auch wenn seine Macht schwächer wurde, die USA und Japan, die miteinander konkurrierten und zugleich die britische Vorherrschaft auf dem Kontinent angriffen.

Im Verlauf des Krieges wurde nach dem Sieg der sozialistischen Oktoberrevolution von 1917 der erste sozialistische Staat auf europäisch-asiatischem Territorium errichtet. Diese Entwicklung stimulierte trotz der imperialistischen Versuche den neuen sozialistischen Staat zu zerstören und der darauf folgenden Einkreisungspolitik die Befreiungskämpfe in Asien und auch in anderen Teilen der Welt.

Obwohl der 2. Weltkrieg das Bestreben einer neuen Umverteilung der Kolonien mit sich brachte, wandelte er sich auch für die Völker Asiens in einen antifaschistischen Befreiungskrieg. Die Sowjetunion trug die Hauptlast dieses von der antifaschistischen Koalition der Alliierten geführten antifaschistischen Kampfes, in dessen Ergebnis nicht nur in Deutschland, Japan und Italien der Faschismus zusammenbrach, sondern auch Osteuropa, China und Nordkorea befreit wurden. Die Entstehung des sozialistischen Weltsystems, besonders nach dem Sieg der sozialistischen Revolution in China Ende 1949, hat die nationalen Befreiungskämpfe in Asien und in anderen Teilen der Welt entscheidend beflügelt.

US-Interventionismus im Zeichen des Kalten Krieges

Die USA, die damals das Monopol der Atombombe besaßen, setzten diese 1945 in Hiroshima und Nagasaki ein, und zwar nicht so sehr, um die Kapitulation Japans herbeizuführen, sondern als Drohung gegen die erstarkenden nationalen Befreiungsbewegungen in Asien und die revolutionären Arbeiterbewegungen speziell in Osteuropa.



Von US-Atombombenabwurf 1945 zerstörtes Hiroshima

Angeregt von Churchill, zu diesem Zeitpunkt noch Führer des geschwächten britischen Imperialismus, übernahmen die aus dem Krieg gestärkt hervorgegangenen US-Monopolisten die Führung der Politik des Kalten Krieges – einer Politik des Antisowjetismus und Antikommunismus. Ihr Ziel hieß nicht nur „Eindämmung des Kommunismus“ und der internationalen Arbeiterbewegung, sondern auch Unterdrückung der nationalen Befreiungskämpfe durch wirtschaftliche, politische und militärische Unterstützung reaktionärer Regimes in Asien und anderen Kontinenten.

Im Einverständnis mit britischen, französischen und holländischen Monopolisten intervenierte der US-Imperialismus offen oder verdeckt in nahezu allen asiatischen Ländern.

Er hat vergebens versucht, das chinesische Kuomintang-Regime gegen die von der Sowjetunion unterstützten, kommunistisch geführten Befreiungskräfte zu unterstützen. Er kon-

Bank und die First National City Bank of New York, erleichtert die wachsende Vorherrschaft der Multis über die Wirtschaft des Landes, trotz der Ausweitung des öffentlichen Sektors der Wirtschaft. Diese Beherrschung der grundlegenden ökonomischen Strukturen bewirkt einen starken Druck, der auf die Verringerung – um nicht zu sagen Vernichtung – der Resultate fortschrittlicher Veränderungen in anderen Sphären, wie Agrarreformen und Neuorientierung der Außenpolitik in Richtung auf Nichtpaktgebundenheit und Beziehungen mit sozialistischen Ländern ausgerichtet ist.

Was auf den Philippinen geschieht, vollzieht sich – obzwar in verschiedenem Ausmaß und in anderen Formen – ebenso in anderen Entwicklungsländern Asiens.

Der Vietnamkrieg und die Folgen

Die US-imperialistischen Militärinterventionen erreichten ihren Wendepunkt in Vietnam. Auf dem Höhepunkt ihrer Aggression setzten die USA Bodentruppen, bestehend aus einer halben Million Soldaten, ein, führten Marineoperationen von ihren Basen auf den Philippinen und von anderswo durch und starteten Bombenflüge von Stützpunkten in Süd-vietnam, Thailand und den Philippinen aus. Die vereinigten, entschlossenen und heldenhaften indochinesischen Völker ließen sich aber von dieser Demonstration militärischer Macht der USA nicht beeindrucken. Mit der politischen, wirtschaftlichen, militärischen und diplomatischen Unterstützung der sozialistischen Staaten und der fortschrittlichen Kräfte in der ganzen Welt, vor allem der Friedensbewegung in den USA, führte der Befreiungskampf zur internationalen Isolation der USA. Diese Isolation veranlaßte die USA, die Politik der „Vietnamisierung des Krieges“ einzuleiten und schließlich ihre Streitkräfte unter dem Vorwand des „ehrvollen Friedens“ zurückzuziehen, nachdem sie Söldnertruppen, die den patriotischen und politischen Befreiungskräften aber nicht gewachsen waren, schwer bewaffnet hatten.

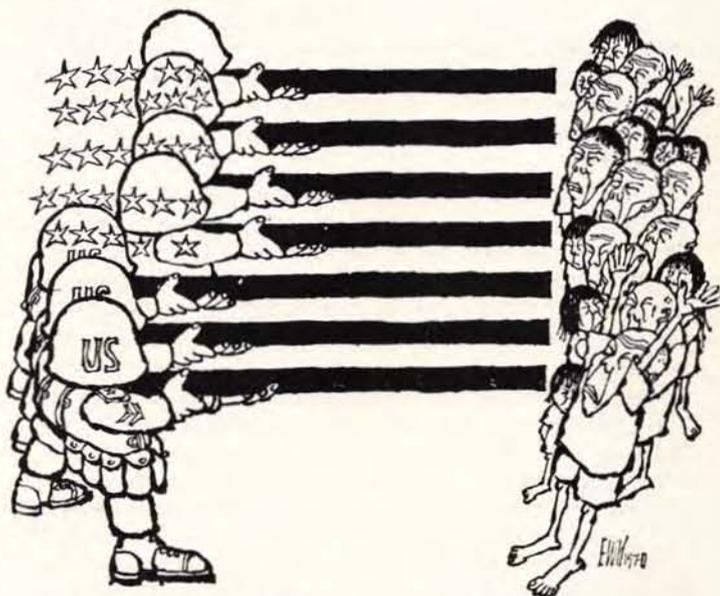
Die US-Aggression in Indochina (1964-73) führte nicht nur zu einem militärischen Debakel, zu politischer und diplomatischer Isolation der USA, sondern auch zur Entfremdung des amerikanischen Volkes, besonders der Jugend, die die Hauptlast des interventionistischen Krieges zu tragen hatte. Noch wichtiger ist, daß sie dazu beitrug, die allgemeine Krise des Kapitalismus zu beschleunigen und zu vertiefen. Die ungünstigen Auswirkungen dieser Krise für das amerikanische Volk und für die Völker der mit den USA verbündeten Staaten, die immer stärker nach Alternativen zur Herrschaft der Monopole und deren Vorherrschaft suchten, waren weitge-

hend für den eingeschlagenen Kurs des Realismus und die endgültige Entscheidung der USA, ihre Truppen aus Indochina zurückzuziehen, verantwortlich.

Washingtons neue China-Politik

Die US-Monopolisten, die die Unvermeidlichkeit der Niederlage in Indochina voraussahen, suchten den chinesisch-sowjetischen Konflikt auszunutzen, um möglichst günstige Bedingungen für die Beendigung der US-Aggression und ihre Nachkriegspolitik zu erreichen.

Zu diesem Zweck haben sie dafür gesorgt, daß die VR China in die Vereinten Nationen aufgenommen wurde und widerriefen damit die zwei Jahrzehnte betriebene Politik, eine solche Aufnahme durch ihre Veto zu verhindern. Dem folgte 1972 Nixons Besuch, um die Grundlage für die Zusammenarbeit zwischen China und den USA im Asien nach dem Vietnamkrieg zu legen. Diese Politik wurde durch Fords Besuch 1975, unmittelbar nach dem US-Debakel in Vietnam bestärkt, in dessen Verlauf man sich der gegenseitigen Zusammenarbeit versicherte. Es ist dies eine Zusammenarbeit, die auf weiterer militärischer Präsenz der USA in dieser Region beruht und mit der Doktrin des „Gleichgewichts der Kräfte“, begründet wird.



Die Erfahrung der USA in Indochina hat die US-Monopolisten nur veranlaßt, sich der neuen Lage anzupassen, aber sie hat nicht die auf Ausbeutung und Aggression gerichteten Ziele des US-Imperialismus in Asien und anderswo geändert. Einen schließlichen Rückzug der US-Truppen aus Indochina seit Nixons Wahl zum Präsidenten 1969 voraussehend, hatten die US-Multis die wirtschaftliche Durchdringung fast aller Länder der Region forciert. Ihr Ziel war, ihre wirtschaftliche Vorherrschaft zu festigen und asiatische Staaten davon abzuhalten, den imperialistischen Einflußbereich zu verlassen und zu einer Verständigung mit der sozialistischen Gemeinschaft zu kommen.

Die Dimension der US-Niederlage, zusammen mit der wachsenden Erkenntnis der Natur und der Ziele des Imperialismus und der wachsenden Unfähigkeit der USA, traditionelle „Hilfe“ zu gewähren, haben unvermeidlich Zweifel an der Zuverlässigkeit militärischer Verpflichtungen der USA, an der zuvor für klug erachteten Abhängigkeit vom US-Markt und fremden Investitionen, sowie von Krediten, die von US-dominierten Finanzinstitutionen wie der Weltbank, dem Internationalen Währungsfonds und der Asiatischen Entwicklungsbank (siehe Kasten) gewährt werden, aufkommen lassen. Dies hat notwendig zu einer Politik des Selbstvertrauens,

Asiatische Entwicklungsbank

Die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) wurde 1966 auf Betreiben der UN-Wirtschafts- und Sozialkommission für Asien und den Pazifikraum (ESCAP) gegründet. 24 der insgesamt 41 Mitgliedstaaten sind Entwicklungsländer, 17 kapitalistische Industrieländer.

Da zwar die wichtigen Beschlüsse durch Stimmenmehrheit zustande kommen, jedoch 80 % aller Stimmen nach dem eingebrachten Kapitalanteil auf die Mitglieder aufgeteilt wurden, entfallen zwei Drittel aller Stimmen auf die kapitalistischen Industrieländer. Besonderen Einfluß haben die USA, das kapitalkräftigste nichtregionale Mitgliedsland der Bank. Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, daß in erster Linie solche Länder Kredite aus dem Sonderfond der ADB (1-3 % Zinsen bei 25-40 Jahren Laufzeit gegenüber 8,75 % Zinsen mit kürzerer Laufzeit bei Krediten aus dem regulären Fond) erhalten, die sich den imperialistischen Ländern gegenüber durch politisches Wohlverhalten auszeichnen.

Das ausgeprägte wirtschaftliche und militärische Eigeninteresse der bestimmenden imperialistischen Länder kommt auch darin deutlich zum Ausdruck, daß bisher 43 % aller ADB-Kredite für den Bau militärisch bedeutsamer Anlagen vergeben wurden.

zu regionaler wirtschaftlicher und politischer Zusammenarbeit zwischen den ASEAN-Staaten, zu einer engeren Zusammenarbeit mit anderen Entwicklungsländern und deren gemeinsamem Kampf um wirtschaftliche Unabhängigkeit und eine „neue internationale Wirtschaftsordnung“, zur Normalisierung der Beziehungen zur Sozialistischen Republik Vietnam (SRV) und der Ausweitung der Beziehungen mit anderen sozialistischen Staaten, zur Umwandlung Südostasiens in eine „Zone des Friedens, der Freiheit, der Neutralität“ und Nichtpaktgebundenheit geführt.

Das Gespenst der „Gefahr aus Hanoi“

Angesichts dieses wachsenden Trends ist der US-Imperialismus gezwungen, die engere Zusammenarbeit mit seinen imperialistischen Rivalen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und mit Japan zu suchen, obwohl sich die Widersprüche zwischen ihnen verschärfen. Das Ziel ist die Formulierung einer gemeinsamen Politik in der UNO und anderen internationalen Foren, sowie in regionalen und bilateralen Gesprächen, um diese Tendenzen zu verzögern, zu verwässern und abzulenken, wenn möglich auch vollkommen umzukehren. Um diese Ziele zu erreichen, benutzt der US-Imperialismus die bewährten imperialistischen Taktiken des „Teile und Herrsche“ und fügt den abgenutzten Propagandaapparat des „sowjetischen Expansionismus“ bzw. der „sowjetischen Gefahr“ eine neue propagandistische Behauptung hinzu, die „Gefahr aus Hanoi“. Man zeichnet so das Bild einer aggressiven SRV, die entschlossen sei, die Regierungen der ASEAN-Staaten zu unterwandern, wenn nicht gar offen anzugreifen.

Der US-Imperialismus konzentriert sich auf Indonesien und Thailand (siehe dazu den Südostasienbeitrag und Fords Pazifik-Doktrin, in: AIB, Nr. 4/1977, d. Red.), um die ernsthaften Versuche der SRV zur Normalisierung ihrer Beziehungen mit den ASEAN-Staaten als einen Schritt zu friedlicher Koexistenz und gegenseitigem Nutzen zwischen den ASEAN-Staaten und den kürzlich siegreichen Nationen der indochinesischen Halbinsel zu verhindern. Er hat den Sturz der bürgerlich-reformistischen Regierung Thailands, die für den Rückzug des US-Militärs aus Thailand verantwortlich war, zugunsten eines US-freundlichen, vom Militär beherrschten und der SRV feindlich gesinnten Regimes begünstigt. Er steht hinter den Provokationen dieses Regimes an den Grenzen zu Laos und Kambodscha, die darauf abzielen, in diesem Gebiet Spannungen zu schüren und so die Rückkehr von US-Militär, in welcher Form auch immer, nach Thailand zu rechtfertigen.

Auf den bevölkerungsreichsten und stärksten aller ASEAN-Staaten, Indonesien, unter dem reaktionären Regime Suhartos, konzentriert sich logischerweise die US-imperialistische Aufmerksamkeit, um die politische, wirtschaftliche und militärische Vorherrschaft in Südostasien aufrechtzuerhalten. Es geht darum, den drohenden Trend gegen diese Vorherrschaft abzuwenden, um die Politik der Normalisierung der Beziehungen zwischen der SRV und den ASEAN-Staaten zu verhindern, die erklärte Absicht der ASEAN, Südostasien in eine „Zone des Friedens, der Freiheit und Neutralität“ zu machen, in bloße Rhetorik zu verwandeln und die Anstrengungen der SRV bei ihrem friedlichen sozialistischen Wiederaufbau zu verzögern. Um diese Ziele durchzusetzen, versucht er, eine Wiederannäherung zwischen China und Indonesien, sowie zwischen Indonesien und Australien herbeizuführen.

Gleichzeitig mit der Unterstützung und Ermutigung der reaktionären Regimes in Indonesien und anderen asiatischen Staaten unterstützt der US-Imperialismus sowohl die reaktionären als auch die ultralinken Kräfte in asiatischen Staaten, deren Regierungen entweder revolutionärdemokratisch wie



US-Soldaten an der Grenze zu Nordkorea

im Irak oder antiimperialistisch wie (vormals, d. Red.) in Indien sind oder sich in verschiedenem Grade aus dem imperialistischen Einflußkreis entfernen, wie Sri Lanka und die Philippinen. Diese Politik zielt auf ihre Destabilisierung, dient als Vorbereitung zu ihrem Sturz oder bezweckt zumindest die Umkehrung ihrer fortschrittlichen, antiimperialistischen Politik und Trends.

In Nordostasien steht der US-Imperialismus vor einem Dilemma. Nach der Erfahrung in Vietnam zögert er, sich noch einmal in einen Krieg auf dem asiatischen Festland, der den Einsatz von US-Bodentruppen bedeuten würde, verwickeln zu lassen. Dies hat Carter während des Wahlkampfes in den USA veranlaßt, den Rückzug des US-Militärs aus Südkorea zu befürworten. Andererseits beruht die Stabilität der amerikanisch-japanischen Militärallianz – Grundstein der US-imperialistischen Strategie in der asiatisch-pazifischen Region – zu einem großen Teil auf der Anwesenheit von US-Militär in diesem Gebiet, besonders in Südkorea, so daß Carter gezwungen wurde, seine Äußerung dadurch zurückzunehmen, indem er sagte, ein solcher Rückzug werde erst nach ausführlichen Konsultationen sowohl mit Japan, als auch mit Südkorea durchgeführt. Um Japan und Südkorea zu beruhigen, hat Carter versprochen, daß trotz des allmählichen Rückzugs der US-Bodentruppen aus Südkorea die USA ihre Basen in Japan beibehalten werden, um von dort aus die Luftoperationen gegen eine vermeintlich nordkoreanische „Aggression“ durchzuführen (siehe AIB, Nr. 2/1977).

**Adressenänderungen
bitte rechtzeitig
bekanntgeben !**

Paul Maaskola

Manifestation des Antiimperialismus

Eine kleine 35-Zeilen Meldung unter der irreführenden Überschrift „Israelische Kommunisten treffen PLO-Vertreter in Warschau“ war der einzige Beitrag der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 7. 5. 1977 zu der Weltversammlung der Erbauer des Friedens, die vom 6. bis 11. Mai 1977 in Warschau stattfand. Was die Massenmedien der westdeutschen Öffentlichkeit weitgehend verschwiegen haben, und die FAZ als „Meinungsbildung im Sinne des sozialistischen Lagers“ zu diffamieren versuchte, war indessen eine der größten und breitesten Versammlungen der Weltfriedensbewegung: Rund 1500 Delegierte aus 120 Ländern und 50 Organisationen waren anwesend – darunter 98 Vertreter sozialistischer und sozialdemokratischer Parteien, 59 Vertreter von christlich-demokratischen, liberalen, konservativen und Zentrumsparteien und -bewegungen, 109 Parlamentarier sowie zahlreiche führende Repräsentanten nationaler Befreiungsbewegungen, Friedens- und Solidaritätskomitees.

Einberufen vom Weltfriedensrat beriet die Versammlung angesichts der im Juni d. J. bevorstehenden Belgrader Konferenz, des Nachfolgetreffens der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), die Hauptaufgaben der Weltfriedensbewegung in zahlreichen Foren, Gesprächsrunden, Kontinentaltreffen sowie in zehn Kommissionen mit folgenden Themen: Beendigung des Wettrüstens und Abrüstung; Entwicklung und neue internationale Wirtschaftsordnung; Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit – die weltweite Wirkung der Schlußakte von Helsinki; Frieden und Gerechtigkeit im Nahen Osten; Solidarität mit dem Kampf gegen Kolonialismus und Apartheid, für nationale Unabhängigkeit; Blockfreiheit als Faktor für Frieden und Unabhängigkeit – der Kampf gegen die imperialistische Destabilisierungspolitik; Menschenrechte; Kampf gegen Faschismus und Neofaschismus; Rassismus und Diskriminierung; Umweltschutz.

Die Weltversammlung verabschiedete neben zahlreichen Resolutionen zu den jeweiligen Themengebieten einen Appell an die Völker der Welt (siehe Wortlaut in diesem Heft), der den gegenwärtigen gemeinsamen Nenner der politisch und weltanschaulich unterschiedlichen Kräfte zum Ausdruck bringt, die in der Weltfriedensbewegung aktiv sind. Darüber hinaus wurde in einer gesonderten Sitzung, in der auch die Wahl der Weltfriedensratsmitglieder stattfand, der bisherige Generalsekretär Romesh Chandra zum Präsidenten des Weltfriedensrates gewählt.

Friedensbewegung und „Dritte Welt“

Daß die Entwicklungsländer und die nationalen Befreiungsbewegungen nicht nur die volle Unterstützung der Weltfriedensbewegung erhalten, sondern auch zu einem aktiven und festen Bestandteil dieser Bewegung geworden sind, zeigt die Weltversammlung eindeutig. Seit seiner Gründung in Warschau 1950 hat der Weltfriedensrat gerade auch in der Dritten Welt eine immer breitere Anerkennung und Unterstützung von Personen, Gruppen und Organisationen gefunden. Dies liegt nicht zuletzt daran, daß der Kampf gegen Impe-

rialismus, Neokolonialismus, Kolonialismus und Rassismus und für nationale Unabhängigkeit mit zu den Hauptprinzipien des Weltfriedensrates zählt. In der Gründungsversammlung 1950 erstmals verkündet, sind diese Prinzipien (siehe Kasten) seither wiederholt bekräftigt worden. Ihre Bedeutung reicht jedoch weit über die Friedensbewegung hinaus. So wurden sie z. B. durch die Prinzipien bestätigt, die von den afro-asiatischen Ländern in Bandung 1955 angenommen wurden, und die bis heute zu den tragenden Grundsätzen der Nichtpaktgebundenheit gehören (vgl. AIB, Nr. 9/1976).

Die Weltversammlung der Erbauer des Friedens war von großer Bedeutung für den politischen und ökonomischen Befreiungskampf der Dritten Welt. Sie zeigte, daß für die berechtigten Forderungen dieser Völker immer breitere Kreise in einer weltweiten Massenbewegung eintreten und zwar mit Erfolg: die Gefahr eines neuen Weltkrieges ist vermindert und der politische Entspannungsprozeß vertieft worden. Nicht zuletzt begünstigte dies die Siege über den US-Imperialismus in Indochina und den portugiesischen Kolonialismus in Afrika.

Legitimität des bewaffneten Befreiungskampfes

Übereinstimmend wurde hervorgehoben, daß es gegenwärtig darauf ankommt, eine Verringerung und schließliche Einstellung des Wettrüstens zu erreichen, die bestehenden Spannungsherde im südlichen Afrika und im Nahen Osten zu beseitigen und den Faschismus in Lateinamerika, vor allem in Chile, zu Fall zu bringen. Dabei nahmen in der Weltversammlung die Probleme des Befreiungskampfes auf dem afrikanischen Kontinent, insbesondere im südlichen Afrika, einen besonders breiten Raum ein. Eindringlich wurde zur verstärkten Solidarität mit den Völkern von Zimbabwe, Namibia und Südafrika aufgerufen, um die illegalen Apartheid-Regimes zu beseitigen, die eine ernste Gefahr nicht nur für das südliche Afrika und den afrikanischen Kontinent, sondern auch für den Weltfrieden sind. Dafür wurde insbesondere der Bundesrepublik mit die Hauptverantwortung zugesprochen.



Appell der Erbauer des Friedens

An alle Völker der Erde:

In eingehenden und freimütigen Beratungen haben wir sechs Tage lang gemeinsam erörtert, was in der gegenwärtigen internationalen Situation notwendig ist, um Frieden, internationale Sicherheit und sozialen Fortschritt zu fördern.

Die internationalen und nationalen Bewegungen können auf eine langjährige und erfolgreiche Tradition im Friedenskampf zurückblicken. Die Anstrengungen aller Menschen guten Willens und der Friedenskräfte haben zur Entwicklung der Entspannung geführt: Seit 30 Jahren hat es keinen Weltkrieg gegeben. Die politische Entspannung ist jetzt zu einem Merkmal im internationalen Leben geworden und hat positive Auswirkungen in der ganzen Welt und besonders in Europa. Es kommt jetzt darauf an, die Entspannung weltweit und unumkehrbar zu machen.

Die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa war von historischer Bedeutung.

Die feierliche Bekräftigung auf dem Belgrader Treffen der zehn Prinzipien für die gegenseitigen Beziehungen zwischen den Teilnehmerstaaten und des Willens, die Schlußakte in ihrer Gesamtheit zu verwirklichen, wird die Durchführung von neuen konstruktiven Maßnahmen zur Vertiefung der Entspannung ermöglichen. Wir müssen wachsam sein angesichts der Aktivitäten und der falschen Behauptungen der Entspannungsgegner. Sie stellen die Bedeutung der Entspannung falsch dar. Sie reden von der Unvermeidlichkeit und der Schicksalhaftigkeit des Krieges. Sie verfechten menschenfeindliche Thesen von einer angeblich kriegerischen Natur des Menschen und erfinden eine neue Version des Prinzips „Frieden durch Stärke“.

Wir rufen die Völker der Welt auf, alle politischen und gesellschaftlichen Kräfte, all jene, die für Frieden und freundschaftliche Zusammenarbeit unter den Völkern eintreten, all jene, die die internationale Situation objektiv einschätzen:

Treten wir noch geschlossener und noch entschiedener dafür ein, den Entspannungsprozeß zu vertiefen und ihn unumkehrbar zu machen.

Das Wettrüsten ist eine unerträgliche Last für die Menschheit und das größte Hindernis für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung der Völker. Das dringendste Ziel der gegenwärtigen Generation ist die Beendigung des unsere Existenz bedrohenden Wettrüstens und die Durchführung effektiver Abrüstungsmaßnahmen.

Wir müssen alles in unserer Kraft Stehende tun, um den breitesten Massen in der Welt die Gefahr des Wettrüstens bewußt zu machen, damit diese alle Manöver militaristischer und imperialistischer

Kreise durchkreuzen, die für diese gefährliche Tendenz in Richtung auf eine nukleare Katastrophe hin verantwortlich sind.

Hunderte Millionen von Unterschriften unter dem neuen Stockholmer Appell und weitere Aktionen für die Beendigung des Wettrüstens zeugen eindeutig davon, daß die Völker gewillt sind, dies zu tun. Es handelt sich hierbei um bedeutende internationale Maßnahmen der gesellschaftlichen Kräfte und nichtstaatlicher Organisationen. Wir unterstützen die Initiativen und Entscheidungen bestimmter Regierungen, die dem gleichen Ziel dienen. Wir unterstützen voll und ganz den Beschluß der UNO, eine Sondertagung der Vollversammlung über Fragen der Abrüstung als wichtigen Schritt in Richtung auf die Weltabrüstungskonferenz einzuberufen.

Wir rufen alle Nationen und Völker auf:

Die Anstrengungen für die Ergänzung der politischen Entspannung auf militärischem Gebiet zu verstärken, dem Wettrüsten Einhalt zu gebieten, für wirksame Abrüstungsmaßnahmen im regionalen und weltweiten Maßstab einzutreten, die Anstrengungen zur Begrenzung der strategischen Waffensysteme und Kernwaffen und anderen Massenvernichtungsmittel, für die Beseitigung der Militärstützpunkte, für die Reduzierung der konventionellen Waffen und der Militärhaushalte zu verstärken. Wir treten für die gleichzeitige Auflösung der Militärpakte ein! Unser Ziel ist die allgemeine und vollständige Abrüstung und der Verzicht auf Gewaltanwendung in den internationalen Beziehungen.

Die Siege der heldenhaften Völker Vietnams, Kampuchas und Laos über die Kräfte der Aggression stellen einen positiven Beitrag zum Weltfrieden dar.

In gleicher Weise begrüßen wir die Siege der Völker von Angola,



In der verabschiedeten Resolution zu Südafrika ruft die Weltversammlung der Erbauer des Friedens „die internationale Gemeinschaft auf, der Verurteilung der Apartheid als ein ‚Verbrechen gegen die Menschheit‘ einen praktischen Ausdruck zu verleihen, durch . . . die uneingeschränkte Unterstützung für den Befreiungskampf, einschließlich des bewaffneten Kampfes des südafrikanischen Volkes, an deren Spitze der Afrikanische Nationalkongreß ANC steht.“

Würde es nicht dem Charakter einer Friedensbewegung eher entsprechen, für eine „humanitäre und gewaltlose Lösung“ einzutreten, wofür sich beispielsweise auch der bundesdeutsche Außenminister Genscher wiederholt ausgesprochen hat?

In der Eröffnungsansprache der Weltversammlung erklärte Edward Gierek, der Erste Sekretär der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, für die Haltung des Gastgeberlandes dazu: „Indem wir die Unteilbarkeit des Friedens anerkennen, sind wir auch . . . für die Unteilbarkeit und Allgemeinheit der Entspannung, dafür, daß sie alle Kontinente und Regionen umfaßt. Die wichtigste Bedingung dafür sehen wir in der Freiheit der Völker, in der Beseitigung der Aggressionsfolgen überall dort, wo die Völker ihr Opfer geworden sind, in der Anerkennung der Rechte der Völker für Unabhängigkeit und Souveränität, in der Beseitigung der Reste des Kolo-

onialismus und der neokolonialen Ausbeutung, in der Beseitigung von Rassismus und Apartheid. Unrecht und Gewalt führen unvermeidlich zu Spannungen und Konflikten. Deswegen ist der Kampf gegen alle Formen des Kolonialismus und der Unterdrückung, eigentlich ein Kampf um den Weltfrieden, um mehr Gerechtigkeit und Humanität in den internationalen Beziehungen.“

Auch für die Länder Lateinamerikas ist unter diesem Gesichtspunkt „der Kampf gegen Imperialismus, Faschismus sowie gegen die Herrschaft der ausländischen Großkonzerne“ gleichbedeutend mit dem „Kampf um Frieden und Gerechtigkeit“, betonten die lateinamerikanischen Delegierten auf der Konferenz. Diese Einsicht manifestierte sich in der uneingeschränkten Solidaritätsbekundung der Weltfriedensbewegung mit dem antifaschistischen Kampf des Volkes von Chile, die in der Verleihung der höchsten Auszeichnung des Weltfriedensrates, der Joliot-Curie-Medaille, an Luis Corvalan ihren Ausdruck fand. Auch PLO-Vorsitzender Yasser Arafat unterstrich auf der Weltversammlung die enge Verbundenheit der Friedensbewegung mit dem nationalen Befreiungskampf: „Wir stehen im Kampf gegen alle alten und neuen Praktiken des Imperialismus gemeinsam an derselben Front . . . Wir müssen gemeinsam handeln und unsere Solidarität festigen.“

Moçambique, Guinea-Bissau und anderer Nationen, die ihr Recht auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit bekräftigt haben. Wir unterstützen uneingeschränkt den heldenhaften Kampf der Völker Südafrikas, Namibias, Zimbabwes und Palästinas. Wir bekunden unsere Solidarität mit dem Volk Chiles und anderer Länder Lateinamerikas, die gegen faschistische und reaktionäre Kräfte kämpfen. Wir unterstützen eine gerechte Lösung des Nahostkonflikts auf der Grundlage der UNO-Resolutionen. Die Beseitigung der Konfliktursachen in anderen Teilen der Welt wie in Zypern und in Korea würde einen bedeutenden Beitrag für die Verwirklichung des Weltfriedens darstellen.

Kämpfen wir für eine friedliche und gerechte Lösung von Streitfragen und Konflikten zwischen den Staaten. Kämpfen wir für die Verwirklichung der legitimen Bestrebungen der Völker nach Unabhängigkeit und nach freier Entwicklung ohne Druck und Zwang von seiten des Imperialismus.

Wir treten ein für die Entwicklung einer neuen gerechteren Weltwirtschaftsordnung auf der Basis gleichberechtigter und gegenseitig vorteilhafter Zusammenarbeit zwischen den Staaten. Wir schätzen die Rolle der nichtpaktgebundenen Staaten im Kampf für internationale Sicherheit und Abrüstung, für die Schaffung einer neuen gerechteren internationalen Wirtschaftsordnung, für Fortschritt und dauerhaften Frieden hoch ein.

Eine notwendige Voraussetzung für die wirtschaftliche Entkolonialisierung besteht darin, daß die in der Welt bestehenden krassen Disproportionen in der wirtschaftlichen Entwicklung beseitigt werden. Wir unterstützen voll und ganz die legitimen Bestrebungen der Entwicklungsländer, volle Unabhängigkeit auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet zu erreichen, die volle Verfügungsgewalt über ihre nationalen Reichtümer und natürlichen Ressourcen zu erlangen und ohne Diskriminierung an der internationalen Arbeitsteilung teilzunehmen.

Kämpfen wir noch entschlossener für die Beseitigung von Kolonialismus und Neokolonialismus. Setzen wir uns noch stärker für die Schaffung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung ein.

Treten wir mit noch mehr Nachdruck für gleiche Entwicklungsmöglichkeiten für alle Völker ein.

Der Kampf für sozialen Fortschritt ist untrennbar mit der Stärkung des Friedens verbunden. Die Entspannung erleichtert die Lösung der Hauptprobleme, denen sich die Menschheit gegenüber sieht.

Die Entspannung, zu der die Völker mit ihrem Kampf wesentlich beigetragen haben, schafft günstige Bedingungen für die Isolierung der militärischen und reaktionären Kräfte, für das Voranschreiten der nationalen und sozialen Befreiung, für die Beseitigung von

Rassismus, Apartheid und Neofaschismus, für die Beseitigung von Analphabetentum, Hunger und Epidemien. Frieden, internationale Sicherheit, Abrüstung und Zusammenarbeit zwischen den Völkern schaffen ebenfalls günstige Bedingungen für die volle Durchsetzung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Rechte sowie der Menschenrechte und Grundfreiheiten.

Wir treten ein für die Verstärkung der Anstrengungen, um überall in der Welt die Demokratie auszubauen und alle Menschenrechte durchzusetzen. Wir rufen alle Staaten auf, soweit sie dies noch nicht getan haben, die beiden Konventionen zu den Menschenrechten zu ratifizieren und anzuwenden.

Wir verurteilen die Versuche der Militaristen, der Verfechter des kalten Krieges und ihrer imperialistischen Propagandazentralen, die hohen Ideale der Menschenrechte für politische Manipulationen, die die Atmosphäre der Entspannung vergiften, zu mißbrauchen.

Wir rufen auf zu einem noch energischeren Kampf gegen Faschismus und Rassismus, für Demokratie und volle Verwirklichung der bürgerlichen Freiheiten und der Menschenrechte.

Heute hat die Friedensbewegung, die sich aus zahlreichen Organisationen zusammensetzt, zwischen denen ideologische und kulturelle Unterschiede bestehen, eine wesentliche Aufgabe: der Öffentlichkeit die Gefahren bewußt zu machen, die den Frieden und die internationale Sicherheit bedrohen. Die öffentliche Meinung kann und muß über die nichtstaatlichen Organisationen und die Massenmedien ihre Stimme erheben und Einfluß auf die Regierungen nehmen. Auf diese Weise kann die öffentliche Meinung konkrete Maßnahmen, die zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung führen, durchsetzen.

Heute stehen vor der Friedensbewegung neue und komplizierte Aufgaben zur Förderung der internationalen Sicherheit und Zusammenarbeit zwischen den Völkern auf wirtschaftlichem, wissenschaftlichem, kulturellem und humanitärem Gebiet sowie beim Schutz und der Verbesserung der Umwelt. Auf all diesen Gebieten hängen die Möglichkeiten der Friedenskräfte in starkem Maße von ihrer Geschlossenheit, von der Verstärkung der Anstrengungen der verschiedenen Strömungen und ihrer aktiven Solidarität ab.

Frieden, Freiheit, sozialer Fortschritt und Gerechtigkeit für alle Völker, für alle gegenwärtigen und zukünftigen Generationen.

Die Teilnehmer
der Weltversammlung
der Erbauer des Friedens

Warschau, am 11. Mai 1977

Entwicklungsländer

Rainer Falk

Der Abschluß des „Nord-Süd-Dialogs“

Mit einem prinzipiellen Durchbruch in der Frage der Schaffung eines Gemeinsamen Fonds zur Stabilisierung der schwankenden Rohstoffpreise und einer Niederlage der imperialistischen Staaten ist am 2. Juni d. J. der Pariser „Nord-Süd-Dialog“ zu Ende gegangen. Seit dem 16. Dezember 1975 verhandelten auf der (offiziell so genannten) Konferenz über internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit (KIWZ) acht Vertreter der entwickelten kapitalistischen Staaten und als Vertreter der Entwicklungsländer die sogenannte „Gruppe der 19“ über Grundfragen der Neugestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen.

Daß auf der Pariser Konferenz die Schaffung einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung (NIWO)² den Verhand-



lungsgegenstand abgab, war zu Beginn der Konferenz keineswegs selbstverständlich. In einem auf einen kleinen Teilnehmerkreis und auf Energiefragen beschränkten „Nord-Süd-Dialog“ sahen die Westmächte eine reale Chance, die einheitliche Kampffront der Entwicklungsländer aufzuspalten und die Frage der internationalen Energieordnung aus dem Gesamtkomplex der NIWO herauszulösen. Dieser Versuch scheiterte an der Solidarität der OPEC-Staaten mit der gesamten Dritten Welt, die eine Reduzierung des Konferenzgegenstands auf Probleme der Erdölpreise und -versorgung rigoros ablehnte, auf der Behandlung aller Rohstoffe beharrte und darüber hinaus Probleme der Entwicklung und der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den kapitalistischen Industrieländern und den Entwicklungsländern generell zum Verhandlungsgegenstand machten³.

Vergebliche Diversionsversuche

So begann die KIWZ in der Frage des Konferenzgegenstands mit einem deutlichen Erfolg der Entwicklungsländer. Auch das andere Ziel des Imperialismus, einige Entwicklungsländer von der Dritten Welt zu isolieren, wurde durchkreuzt: Die „Gruppe der 19“ verhandelte während des gesamten Verlaufs der KIWZ im ausdrücklichen Auftrag der „Gruppe der 77“ und auf der Grundlage des dort erzielten Minimalkonsenses. Insbesondere die Deklaration und das Aktionsprogramm der Konferenz von Manila vom Herbst 1975, die auf der Grundlage der ökonomischen Charta der UNO und dem UN-Aktionsprogramm für die Schaffung einer NIWO basierte, hatte den Kurs der Entwicklungsländer für den „Nord-Süd-Dialog“ und die IV. Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) im Mai 1976 präzisiert⁴.

Wenngleich in diesen eher prozeduralen Fragen die Pläne der imperialistischen Staaten zunächst durchkreuzt wurden, so blieb doch ihr generelles Ziel der Aufweichung und Diversion der einheitlichen Front der Entwicklungsländer und der die gegenwärtigen Weltwirtschaftsbeziehungen bedrohenden NIWO oberste Maßgabe der westlichen Strategie und Taktik auf der Pariser Nord-Süd-Konferenz. Eine solche Strategie hat durchaus reale Ansatzpunkte. Diese bestehen einmal in der sozialen Heterogenität der unterschiedlichen Staaten der Dritten Welt, die mit der wachsenden Differenzierung der Entwicklungsländer in unterschiedliche Systeme und Entwicklungswege sogar noch zunimmt. Zum anderen sieht diese Strategie ihre Anknüpfungspunkte in einigen inkonsequent formulierten Forderungen der NIWO, die – aus dem Gesamtkonzept der NIWO herausgelöst – im Sinne imperialistischer Anpassungsbestrebungen genutzt werden. Insofern gewann der „Nord-Süd-Dialog“ eine besondere Bedeutung für die Ausarbeitung der imperialistischen Gegenstrategie gegenüber der NIWO.

Von den aufmerksamen Protagonisten des weltwirtschaftlichen status quo wurde sehr bald erkannt, daß die NIWO in der Lage ist, in der Tendenz der Herrschaft des internationalen Monopolkapitals über das Weltwirtschaftssystem zu untergraben. Insbesondere die Kernforderungen der NIWO nach der uneingeschränkten Souveränität der Entwicklungsländer über ihre wirtschaftlichen Ressourcen einschließlich des Rechts auf Verstaatlichung der Niederlassungen der multinationalen Konzerne bzw. der effektiven Kontrolle der Tätigkeiten der Multis in der Dritten Welt stießen deshalb von Anbeginn auf die erbitterte Feindschaft der imperialistischen Hauptmächte. Unter führender Beteiligung der BRD entwickelten diese ein Gegenkonzept, das begrenzte Zugeständnisse mit einer harten Position in den genannten Kernfragen zu verbinden trachtete. Prototypisch dafür ist ein Aufsatz des Politikberaters aus dem Auswärtigen Amt Konrad Seitz aus dem Jahre 1975. Dort hieß es: „Als Preis für Mäßigung und Rationalität der Dritten Welt wird der

Westen seine Bereitschaft zu wesentlichen Konzessionen anbieten müssen. (. . .) Kooperations- und Konzessionsbereitschaft allein werden nicht genügen, um eine Einigung zu erreichen. Sie müssen vielmehr begleitet und unterstützt sein von der glaubhaften Bereitschaft auch zur Konfrontation, das heißt dem festen Willen, übertriebenen Forderungen entschlossen entgegenzutreten. Es trifft nicht zu – wie oft behauptet wird –, daß Industrie- und Entwicklungsländer nur zwischen Kooperation und Konfrontation zu wählen hätten. Wie für die meisten zwischenstaatlichen Beziehungen gilt vielmehr auch hier, daß die Politik in der Praxis eine Mischung von beiden sein wird.“⁵

Beispiele für ihre „Konfrontationsbereitschaft“ hatten die imperialistischen Staaten schon vorher gegeben. Im Zuge der sogenannten „Ölkrise“ drohte der damalige US-Präsident Ford damit, im Falle einer „wirtschaftlichen Strangulierung“ durch die Ölländer zum traditionellen militärischen Interventionismus zu greifen, um die Ölquellen für die internationalen Monopole sicherzustellen. Von der Bereitschaft zur Konfrontation zeugte auch das Verhalten der imperialistischen Hauptmächte, voran der BRD, auf der IV. UNCTAD. Erst als die Konferenz zu scheitern drohte und damit auch der Fortgang der KIWZ in Frage gestellt war, fanden sich die westlichen Großmächte zu minimalen Konzessionen bereit, die aus ihrer Sicht jedoch nicht die Zustimmung zu essentiellen Grundforderungen der NIWO beinhaltete. Folglich ließen die Westmächte auch die in Nairobi beschlossenen Folgeverhandlungen über die Verwirklichung des integrierten Rohstoffprogramms, die bis April d. J. abgeschlossen sein sollten, zunächst platzen.

Minimale Zugeständnisse . . .

Inzwischen hat man sich zumindest auf einige grundlegende Kernpunkte geeinigt, die sich auch im Ergebnis des Großmächtegipfels vom 7./8. Mai 1977 widerfinden, wo sich im wesentlichen die Positionen der BRD und der USA durchgesetzt haben.

Die Grundhaltung der imperialistischen Staaten gegenüber der NIWO ist jetzt dadurch bestimmt, daß alles, was die von den internationalen Konzernen beherrschten Marktbeziehungen „dirigistisch“ beschneiden würde, abgelehnt wird und gleichzeitig Zugeständnisse dort gemacht werden sollen, wo die Grundstruktur des Weltwirtschaftssystems und die Positionen der internationalen Konzerne nicht angetastet werden.

1. Am ehesten ist dies möglich in der Frage der Handelsbeziehungen zwischen den kapitalistischen Industrieländern und der Dritten Welt. Schon Anfang der 70er Jahre wiesen führende Vertreter der Wirtschaftswissenschaften darauf hin, daß die traditionelle Arbeitsteilung zwischen Rohstoffländern und Industrieländern, die auf der Grundlage der offen kolonialistischen Beherrschung der Dritten Welt entstanden war, den Wachstumsprozeß in den entwickelten kapitalistischen Staaten in der Tendenz behindere. Es gehe darum, den Entwicklungsländern eine Industrialisierung begrenzten Ausmaßes zuzugestehen und „arbeitsintensive Produktionen (in die Dritte Welt, d. Verf.) zu verlagern, die in den Industrieländern mehr und mehr unter Wettbewerbsdruck geraten.“⁶ Dieses Konzept der Auslagerung arbeitsintensiver Branchen, die in Entwicklungsländern vor allem wegen der niedrigeren „Lohnkosten“ neue Möglichkeiten der Profitproduktion erschließen sollen, macht jedoch an einem bestimmten Punkt den Abbau von Handelshemmnissen in den Industrieländern notwendig. Es ändert hingegen nichts an der Abhängigkeit der Entwicklungsländer. Insgesamt läuft dies auf eine neokoloniale Industrialisierung der Dritten Welt hinaus, in deren Gefolge sich die Ausbeutungssphäre der multinationalen Konzerne noch erweitert,



Peter Bosse · Frank Kürschner

Kontinente im Klassenkampf

Um eine Neue Weltwirtschaftsordnung

Bestellungen an: Düsseldorf Str. 69, 1 Berlin 31

indem die Entwicklungsländer noch stärker in die globale Produktions- und Absatzstrategie der Multis einbezogen werden⁷.

2. In der Frage der Rohstoffe sind die imperialistischen Staaten zu folgenden „Zugeständnissen“ bereit: Eine Preisstabilisierung soll über ein System der Ausgleichfinanzierung erreicht werden, wie sie im Grundmodell im Abkommen der EG mit den AKP-(Afrika-Karibik-Pazifik)Staaten enthalten ist⁸. Für einzelne Rohstoffe werden Abkommen angestrebt, d. h. eine kollektive Regelung für alle wichtigen Rohstoffe der Entwicklungsländer, wie sie im Integrierten Rohstoffprogramm der UNCTAD vorgesehen ist, soll entfallen. Ebenso soll die Bildung von Ausgleichslagern (buffer stocks) nur in Einzelfällen erfolgen. Eine irreführend „Gemeinsamer Fonds“ genannte Clearing-Stelle soll – auf reine Koordinationsaufgabe beschränkt – eine lose Verbindung zwischen den einzelnen buffer stocks herstellen. Eine effektive Kontrolle der internationalen Rohstoffkonzerne – wie sie das UNCTAD-programm zur Zurückdrängung der Rohstoffspekulation intendiert – soll unterbleiben. Vor allem aber sollen Rohstoffabkommen „nur die Preisschwankungen reduzieren, nicht aber den Preistrend beeinflussen.“⁹

... als Preis für die Mäßigung

3. Begrenzte Zugeständnisse waren in der Frage der staatlichen „Entwicklungshilfe“ zu erwarten, die sich in der Zukunft hauptsächlich auf die „am wenigsten entwickelten Entwicklungsländer“ konzentrieren soll, um vor allem Infrastrukturmaßnahmen mit nur wenig Profitaussichten für das Privátkapital vorzunehmen, um, so Egon Bahr, „einen Markt überhaupt erst entstehen zu lassen. Öffentliche Entwicklungshilfe spielt hier auch die Rolle eines Vorläufers für private Investitionen.“¹⁰

4. Als Gegenleistung für diese „Zugeständnisse“ streben die entwickelten kapitalistischen Staaten die absolute Sicherheit der Direktinvestitionen der multinationalen Konzerne in den Entwicklungsländern, den ungehinderten Zugriff der Multis auf die Rohstoffquellen der Dritten Welt an und fordern die Aufgabe des in der ökonomischen Charta formulierten Souveränitätsanspruchs der Entwicklungsländer. In diesem Sinne fordert das Gutachten des wissenschaftlichen Beirats des Bundesministeriums für Wirtschaft (BMWi) den Abschluß von Investitionsschutzabkommen auf multilateraler Ebene, die den imperialistischen Mächten erhebliche Interventionsrechte im Sinne der Multi-Interessen garantieren sollen: „Für den Fall, daß ein Mitgliedsland das Eigentum von Investoren anderer Mitgliedsländer vertragswidrig enteignet oder die Nutzung des Eigentums vertragswidrig beschränkt, müßten Sanktionen vorgesehen werden.“¹¹

Griff nach den Rohstoffen vereitelt

Angesichts dieser Strategie der imperialistischen Staaten bedeutet der Ausgang der KIWZ eine Niederlage für die Westmächte. Sie haben Garantien und Sicherheiten für die fortgesetzte Ausbeutung der Länder der Dritten Welt nicht durchsetzen können. Sie haben aber in Bezug auf das Integrierte Rohstoffprogramm ein wesentliches Zugeständnis machen müssen. Laut dem Konferenzbeschluß von Paris können die entwickelten kapitalistischen Staaten die Verhandlungen über die Schaffung eines Gemeinsamen Fonds, der von den Entwicklungsländern als Schlüsselement des Integrierten Rohstoffprogramms angesehen wird und der Finanzierung zu schaffender Ausgleichslager zur Stabilisierung der Rohstoffpreise dienen soll, nicht weiter blockieren. Wenn gleich die kapitalistischen Industrieländer auch in Paris eine kollektive Umschuldung der Entwicklungsländer wieder verhindert haben, so hat sich doch eines gezeigt: Wenn es den Entwicklungsländern gelingt, ihre gemeinsame Kampffront aufrechtzuerhalten und ein Ausscheren einzelner Staaten zu verhindern, dann ist es möglich, in zähen und langwierigen Verhandlungen Zugeständnisse zu erkämpfen, ohne eine westlicherseits beabsichtigte Aushöhlung der NIWO in ihren Kernfragen hinnehmen zu müssen.

Anmerkungen:

- 1) Für die kapitalistischen Industrieländer verhandelten Australien, Kanada, Spanien, die USA, Japan, Schweden, die Schweiz und die Länder der Europäischen Gemeinschaft (EG), die sich darum bemühten, mit einer Stimme zu sprechen. Für die Entwicklungsländer, die „Gruppe der 77“, verhandelten Algerien, Saudi Arabien, Indonesien, Irak, Iran, Nigeria, Venezuela, Argentinien, Brasilien, Kamerun, Ägypten, Indien, Jamaika, Mexiko, Pakistan, Peru, Jugoslawien, Zaire und Sambia.
- 2) Wortlaut in: Kooperation oder Konfrontation? Materialien zur Rohstoffpolitik, Bonn 1975, S. 213 ff
- 3) Die KIWZ behandelte in vier Kommissionen Energie-, Rohstoff-, Entwicklungshilfe- und Finanzfragen, also den Gesamtkomplex der Errichtung einer NIWO.
- 4) Vgl. dazu AIB, Nr. 6/1976
- 5) K. Seitz, Die Dritte Welt als neuer Machtfaktor der Weltpolitik, in: R. Jonas/M. Tietzel (Hrsg.), Die Neuordnung der Weltwirtschaft, Bad Godesberg 1976, S. 35 f
- 6) So das Mitglied des „Sachverständigenrats“ G. Fels, Internationale Umverteilung der Einkommen. Ansätze zu einer neuen weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung, in: R. Jonas/M. Tietzel, a. a. O., S. 63. Vgl. auch: Probleme der Arbeitsteilung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern (Entwicklungspolitik. Materialien, Nr. 19), Bonn, September 1971
- 7) Vgl. dazu: IPW-Berichte, Nr. 12/1976, S. 12-21
- 8) Vgl. Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 3/1977, S. 301-317
- 9) So das Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft, Fragen einer neuen Weltwirtschaftsordnung (BMWi, Studienreihe 15), o. O. o. J., S. 52
- 10) E. Bahr, Wirtschaftliche Entspannung, in: Europa-Archiv, Folge 9/1976, S. 286
- 11) Gutachten, a. a. O., S. 50

Die etablierten Wirtschaftswissenschaften weisen eine grundlegende Umstrukturierung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen im Sinne der von der UNO und den Entwicklungsländern gleichermaßen geforderten Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung (NIWO) mit dem Argument zurück, es gehe hier um das Ziel einer weltweiten „dirigistischen Planwirtschaft“. Unter linken Autoren ist hingegen ein Interpretationsstreit darüber entbrannt, wie groß die systemsprengenden Potenzen und die mit der Verwirklichung einer NIWO bewirkten Entwicklungsmöglichkeiten für die „Dritte Welt“ eigentlich sind. Zwei der in diesem Zusammenhang artikulierten Kontrapolitionen finden sich in

Dieter Senghaas, Weltwirtschaftsordnung und Entwicklungspolitik. Plädoyer für Dissoziation, Edition Suhrkamp 856, Frankfurt/M. 1977, 10,- DM

und in dem vom Berliner Extradienst herausgegebenen Sonderheft mit dem Titel

Peter Bosse/Frank Kürschner, Kontinente im Klassenkampf. Um eine neue Weltwirtschaftsordnung, Berliner Extra Dienst. EXTRA 5, Westberlin 1976, 3,60 DM.

Der Frankfurter Friedensforscher Senghaas hat in seinem Buch eine Reihe von Einzeluntersuchungen zusammengestellt, die seine zentrale These, die Entwicklungschance der „Dritten Welt“ liege im Modell einer „autozentrierten“, auf die Entwicklung des Binnenmarktes und die Grundbedürfnisse der Massen in den Entwicklungsländern zugeschnittenen Entwicklung, erhärten sollen. Dies mache die Dissoziation (Abkoppelung) der Entwicklungswelt aus dem imperialistisch beherrschten Weltmarkt notwendig. In diesem Zusammenhang leistet Senghaas einen wichtigen Beitrag zur Kritik der überkommenen Dogmen zur Erklärung der internationalen Handelsbeziehungen und Arbeitsteilung, die im Rückgriff auf Klassiker der Nationalökonomie wie David Ricardo die These vertreten, jedes Land solle sich im internationalen Handel auf die Produktion jener Güter spezialisieren, bei denen es den vergleichsweise billigeren und reichlicher vorhandenen Produktionsfaktor (Arbeit oder Kapital) am besten einsetzen könne. Im Klartext sagt diese in unterschiedlichen Varianten verfochtene Theorie, die Entwicklungsländer sollten sich auf die Herstellung arbeitsintensiver Produkte (weil dort der Produktionsfaktor Arbeit reichlich vorhanden sei), die kapitalistischen Industrieländer auf die Herstellung kapitalintensiver Produkte (weil dort der Produktionsfaktor Kapital reichlich vorhanden sei) spezialisieren.

Wer fürchtet sich vorm schwarzen Mann? Dokumentarfilm über Namibia – Magnetton – 62 Minuten

Filme über die Realität des Lebens im von Südafrika nach wie vor völkerrechtswidrig okkupierten Namibia sind eine Seltenheit. Die Mehrheit der etwa im BRD-Fernsehen vorgeführten Reportagen zeichnet unverhüllte Parteinahme für die Position des Apartheid-Regimes und seine Manöver aus, die Kontrolle über Namibia langfristig zu sichern, allenfalls bereichert um Mahnungen, die fälligen Anpassungsbewegungen rascher zu vollziehen. Über die wirkliche Lage der afrikanischen Bevölkerung insbesondere erfährt man selten etwas.

Der von einem DDR-Kamerateam unter Leitung von Frau Sabine Katins 1975 und in Zusammenarbeit mit der Südwestafrikanischen Volksorganisation von Namibia (SWAPO) heimlich gedrehte Film, den der **Unidoc-Filmverleih** unter dem obigen Titel in der BRD vertreibt, bezieht demgegenüber eindeutige Positionen. In seiner „Konfrontationsmethode“ mit Hilfe von Schnitten und Gegenüberstellungen mitunter an die Filme von Heynowski & Scheumann über Chile erinnernd, stellt er in eindrucksvollen Aufnahmen und Interviews das „Oben“ und „Unten“ in Namibia dar.

Das „Oben“: Vor allem die etwa ein Drittel der weißen Minderheit umfassende deutschstämmige Bevölkerung – Farmer, kleine Händler und Geschäftsleute –, von der ein erheblicher Teil nach wie vor BRD-Pässe besitzt. Ihr relativer Wohlstand ist das Ergebnis der Ausbeutung der afrikanischen Bevölkerung, die man in ein Heer von Arbeitssklaven verwandelte, indem man ihr die Existenzgrundlage raubte. Ungerührt gehen den weißen „Herren“ Sätze von den

Senghaas widerlegt diese in der Praxis zur Auslagerung arbeitsintensiver Branchen in die Dritte Welt führende Theorie und weist ihren neokolonialistischen Charakter nach. Er zeigt auf, daß eine so verstandene neue internationale Arbeitsteilung, die den Entwicklungsländern eine begrenzte Industrialisierung zugesteht, die strukturelle Abhängigkeit der Entwicklungsländer von der „Reproduktionsdynamik des metropolitanen Kapitalismus“ zu beseitigen nicht in der Lage ist, da die Beziehungen zwischen „Metropolen“ und „Pheripherien“ nach wie vor asymmetrisch strukturiert bleiben. Da Senghaas die so zu Recht als neokolonialistisch kritisierte, unter der Ägide der multinationalen Konzerne veränderte internationale Arbeitsteilung in der NIWO wiederzuerkennen wähnt, kommt er diesbezüglich zu einem „vernichtenden“ Urteil: „Die internationale Arbeitsteilung, die in den Dokumenten (der UNO etc., d. Verf.) gefordert wird, ist von der heute vorherrschenden nicht grundlegend verschieden; die Forderungen beziehen sich vielmehr auf eine Fortschreibung der überkommenen.“ (S. 207/08)

Indem Senghaas einige (u. U. inkonsequent formulierte) Forderungen aus dem Gesamtkonzept der NIWO herauslöst, verkennt er jedoch die antiimperialistische Grundorientierung der NIWO und ist so nicht in der Lage, den realen Gehalt der momentanen Auseinandersetzung zwischen den imperialistischen Staaten und der „Dritten Welt“ zu erfassen.

Obwohl Bosse/Kürschner dem NIWO-Konzept keineswegs problemlos gegenüberstehen und vor einem Automatismus Veränderung der Weltwirtschaft – revolutionäre Veränderungen in den Entwicklungsländern warnen, nehmen sie gegenüber weltwirtschaftlichen Veränderungen im Sinne der NIWO eine grundsätzlich positive Haltung ein, da so wesentlich bessere Bedingungen, die sozial-ökonomische Umgestaltungen in Entwicklungsländern begünstigen, geschaffen werden können.

Bosse/Kürschner haben mit dem Sonderdruck des Extra-Dienstes eine wertvolle und gut verständlich geschriebene Materialsammlung zur Geschichte und gegenwärtigen ungerechten Struktur des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems erarbeitet. Insbesondere arbeiten sie heraus, wie die wichtigsten Forderungen der NIWO (Recht auf Verstaatlichung, Souveränität über die Bodenschätze, Indexierung der Rohstoffpreise, Recht auf Zusammenschluß etc.) den Interessen der multinationalen Konzerne und der Staaten des Kapitals diametral entgegenlaufen. Ein Dokumententeil und ein „Lexikon der Weltwirtschaft“ im Anhang erhöhen den Wert dieser für einen breiten Leserkreis bestimmten Broschüre erheblich. **Rainer Falk**

Lippen, mit welchen Wohltaten sie „ihre“ Schwarzen gesegnet hätten. Deutschtümelei beherrscht die Szene, angefangen von den Bekenntnissen alter Kolonialisten – „wir müssen den Afrikanern unsere Kultur bringen“ – bis in die gespenstische Fröhlichkeit von Karnevals-umzügen. Frömmerei, „Sendungsbewußtsein“, deutsch-nationale und faschistische Traditionspflege und Spießbürgerdullen prägen das soziale Geschehen in diesem provinziellen „Reservat“.

Doch sie geben nur die Kulisse ab für die wahren Interessenten an diesem rohstoffreichen Land, als deren Emissär Franz Josef Strauß auf der Bildfläche erscheint: die internationalen Rohstoffkonzerne, darunter auch BRD-Firmen, die das Land ausplündern und die arbeitsfähigen Afrikaner wie Sklaven in KZ-ähnlichen Arbeitslagern halten. Um die Handgelenke geschweißte Plastikbänder mit Kennziffern symbolisieren die Erniedrigung.

Doch der Film bleibt nicht bei der Trostlosigkeit und dem Elend der Unterdrückung stehen. Von Anbeginn begleitete das Kamerateam ein führender Vertreter der SWAPO, Aaron Mushimba. Er berichtet über Verhaftungen und Folterungen, aber vor allem über den ungebrochenen Widerstandswillen der afrikanischen Bevölkerung. Ein Meeting der SWAPO in der Nähe von Windhoek demonstriert dies.

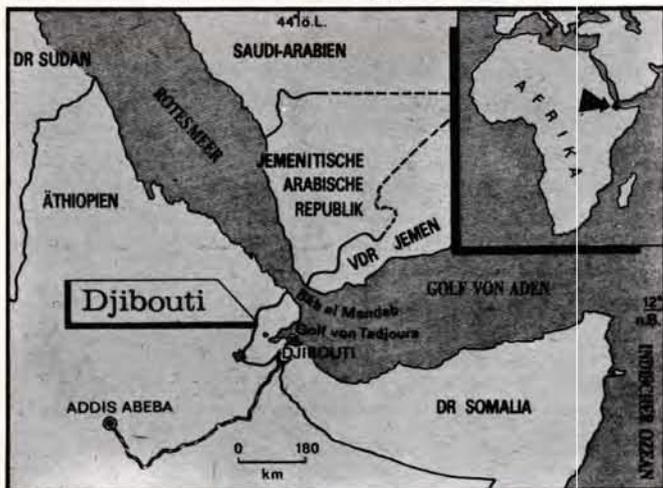
Mushimba wurde noch 1975 von den Rassisten zusammen mit seinem Genossen Shikongo verhaftet und unter eine fadenscheinige Mordanklage gestellt, sogar zum Tode verurteilt. Die internationale Solidarität zwang das Apartheid-Regime jüngst, diese Urteile zu revidieren. Dies konnte der Film nicht mehr aufnehmen; seine Verbreitung aber stellt einen wertvollen Beitrag zur Stärkung der Solidarität mit dem unter Führung der SWAPO kämpfenden Volk von Namibia dar.

Jürgen Ostrowsky

Djibouti

Am 27. Juni d. J. soll die künftige Republik Djibouti, ehemals Französisches Territorium der Afar und Issa (TFAI), die politische Unabhängigkeit erhalten. So entschieden am 8. Mai d. J. 98,8 % der abgegebenen gültigen Stimmen der Bevölkerung von Frankreichs letzter afrikanischer Kolonie. Gleichzeitig mit diesem Referendum wurden 65 Parlamentsabgeordnete gewählt, die die zukünftige Verfassung des Landes ausarbeiten sollen.

Dieser Termin für das Referendum war auf einer dreiwöchigen Konferenz in Paris im März d. J. festgelegt worden, an der sich Vertreter der Unabhängigkeitsbewegungen, die Front zur Befreiung der Somaliküste (FLCS) und die Afrikanische Volksliga für die Unabhängigkeit (LPAI), eine Gruppe des von der Kolonialmacht instituierten Parlaments von Djibouti, eine Abordnung des Regierungsrates (Organ der inneren Selbstverwaltung der Kolonie) sowie Vertreter der französischen Regierung, beteiligten. Seit dem 13. Mai nun tagt das neue Parlament mit folgender Sitzverteilung: 20 Sitze LPAI (bisherige einzige von der Kolonialmacht zugelassene Scheinopposition, die den Regierungspräsidenten, Hassan Gouled, stellt), 16 Vertreter des alten Parlaments, 5 FLCS; 2 Nationalunion für die Unabhängigkeit (UNI), 2 Repräsentanten der jemenitischen Gemeinschaft, 1 Bewegung zur Befreiung Djiboutis (MLD) und 13 unabhängige Kandidaten.



Mit zwei vorhergehenden sogenannten Volksabstimmungen (1958 und 1967) suchte die Kolonialmacht ihr Verbleiben in der Kolonie zunächst zu legalisieren. Jetzt mußte sie aufgrund der wachsenden Stärke und Unterstützung der Unabhängigkeitsbewegungen durch die OAU dem Land die politische Unabhängigkeit zugestehen.

Indessen bleibt die Frage der vollständigen Unabhängigkeit bisher noch ungelöst. Zwar soll die französische Kolonialarmee von einer Truppenstärke von bisher 6000-7000 Mann auf 2000-3000 reduziert werden, jedoch bleiben diese Truppen im Lande stationiert, um – so Paris – zum einen die Landesverteidigung zu sichern und um zum anderen die nationalen Streitkräfte aufzubauen. Laut Afrique Asie vom 30. 5. 1977 besteht ein stillschweigendes Übereinkommen Frankreichs mit Kairo und Riad als Statthaltermächten. So hat Saudi Arabien der neuen Regierung schon Kredite angeboten.

Ein weiteres Problem für die Entwicklung des Landes stellt die Rivalität von Somalia und Äthiopien dar. Anfang Mai d. J. versicherte das äthiopische Außenministerium, daß das Land keinerlei territoriale Forderungen gegenüber Djibouti erhebe. Jedoch bestehen um die Eisenbahnlinie Djibouti – Addis Abeba, über die 80 % des äthiopischen Im- und Exports abgewickelt werden, nach wie vor Konflikte. So über-

gab De Gaulle 50 % dieser Bahnlinie Äthiopien. Der Sitz der Firma ist ebenfalls in diesem Lande und ist auch nach ihrem Recht organisiert.

Brasilien

In den massivsten Protestaktionen seit 1968 demonstrieren während des Mai Zehntausende von Studenten für eine Amnestie aller politischen Gefangenen und forderten die Einstellung der Folterpraktiken.

Studenten der katholischen Universität von Sao Paulo verlangten insbesondere die Aufhebung der „Institutionellen Verfügung Nr. 5“, die dem Staatspräsidenten unbegrenzte Machtbefugnisse einräumt. Der Erzbischof von Sao Paulo, Kardinal Paulo Evaristo Arns, verteidigte die Haltung der Studenten in ihrem Bestreben um demokratische Freiheiten.

Chile

Anfang Juni d. J. führte die machtvolle Protestbewegung gegen den Folteroffizier Christian Ackerknecht zum Erfolg: die Pinochet-Junta mußte ihn in seiner Funktion als Militärattaché der chilenischen Botschaft aus Bonn abziehen.

Diese Abberufung ist das Resultat einer einmonatigen breit angelegten Kampagne der demokratischen Öffentlichkeit, in der vom Antimperialistischen Solidaritätskomitee, von den Chile-Komitees, von Vertretern der Gewerkschaften u.a. die Ausweisung Ackerknechts als „persona non grata“ gefordert worden war. Wurde der Folterspezialist zunächst von der Bundesregierung gedeckt, so brachten der immer massivere Druck der Öffentlichkeit und neue Belege zu den Foltervorwürfen Bonn schließlich zu einer einsichtigeren Haltung. Nicht zuletzt trug dazu der präzise Nachweis der persönlichen Verantwortlichkeit Ackerknechts an Folterungen und Ermordungen von chilenischen Patrioten durch Zeugnisaussagen von in der BRD lebenden Exil-Chilenen bei.

Die Bonner Junta-Botschaft gab sich trotz der erzwungenen Abberufung ihres Militärattachés in Ignoranz, wies sie doch in einer Note an die Bundesregierung die Anschuldigungen gegen Ackerknecht wie gehabt als „falsch, tendenziös und jeglicher Grundlage entbehrend“ (Frankfurter Rundschau, 7. 6. 1977) zurück.



Diese Grafik der Grafikwerkstatt Dortmund erschien im Werkkreis Literatur der Arbeitswelt. Bestellungen an: Hartmut Schröter, Friedrichstraße 30, 4600 Dortmund 1; Preis: 1,50 DM

DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

103

Editorial Grußadressen zum hundertsten Argument (III)

Marxismus und Einzelwissenschaft

Klaus Holzkamp: Kann es im Rahmen des wissenschaftlichen Sozialismus eine kritische Psychologie geben!?

Ideologie-Diskussion

Dieter Krause: Der Ideologiebegriff im Marxismus

Rolf Nemitz: Technik als Ideologie

Norbert Frank, Georg Rückriem und Joachim Starry: Literaturbericht: Wissenschaftliches Arbeiten

Diskussionsbeitrag zu Blochs „Experimentum Mundi“ (D. Horster)

Kongreßbericht: Internationaler Kongreß Kritische Psychologie

Besprechungen: Sozialphilosophie; Linguistische Pragmatik; Romantheorien; Theorien der Geschichtswissenschaft; Dritte Welt; Jura

Zeitschriftenschau

Einzelheft 9,- DM, im Abo 7,50 DM,
Schüler und Studenten 7,- DM, im Abo 6,- DM.

ARGUMENT- SONDERBÄNDE

- 50 Kritik der bürgerlichen Sozialwissenschaften
- 60 Kritik der bürgerlichen Medizin
- 70 Kritik der bürgerlichen Geschichtswissenschaft (I)
- 75 Kritik der bürgerlichen Geschichtswissenschaft (II)
- 80 Schule und Erziehung (V)
- AS 1/1 Argument-Reprint 1-17
- AS 1/2 Argument-Reprint 18-21
- AS 2 Gewerkschaften im Klassenkampf. Die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in Westeuropa
- AS 3 Vom Faustus bis Karl Valentin/Der Bürger in Geschichte und Literatur
- AS 4 Entwicklung und Struktur des Gesundheitswesens/Argumente für eine soziale Medizin (V)
- AS 5 Hanns Eisler
- AS 6 Zur Theorie des Monopols/Staat und Monopole (I)
- AS 7 Projekt Automation und Qualifikation: Automation in der BRD
- AS 8 Jahrbuch für kritische Medizin, Band 1
- AS 9 Gulliver. Deutsch-Englische Jahrbücher, Band 1
- AS 10 Massen/Medien/Politik
- AS 11 Brechts Tui-Kritik
- AS 12 Lohnarbeit, Staat, Gesundheitswesen

Vorschau auf das Programm für 1977:

- AS 13 Kritik der Frankreichforschung. Handbuch (Sommer 1977)
- AS 14 „Humanisierung“ der Lohnarbeit? Zum Kampf um die Arbeitsbedingungen
- AS 15 Kritische Psychologie (II)
- AS 16 Staat und Monopole (II)/Probleme der materialistischen Staatstheorie (Sommer 1977)
- AS 17 Jahrbuch für kritische Medizin, Band 2
- AS 18 Gulliver. Deutsch-englische Jahrbücher, Band 2 (soeben erschienen)
- AS 19 Automationsarbeit (I): Methode. Projekt Automation und Qualifikation
- AS 20 Argument-Register 1-100

Einzelpreise: jeweils 15,50 DM, Studenten und Schüler 12,- DM
Im Abonnement jeweils 12,- DM, Studenten und Schüler 9,- DM

Argument-Verlag Postfach 21 0730 7500 Karlsruhe 21